DIE TAGESZEITUNG
junge Welt

REUTERS/PAWEL KOPCZYNSKI

Topspione

Die Kundschafter des DDR-Auslandsnachrichtendienstes handelten mit dem Ziel, einen Krieg zu verhindern. Ihre Leistungen werden in Zeiten sich verschärfender Konflikte deutlich erkennbar. Von Werner Großmann und Wolfgang Schwanitz

» SEITEN 12/13

GEGRÜNDET 1947 · **DIENSTAG, 9. FEBRUAR 2016** · NR. 33 · 1,50 EURO · **PVST A11002** · ENTGELT BEZAHLT · **WWW.JUNGEWELT.DE**

Ausblick
Zweite Runde der US-Vorwahlen: **3** Republikaner übertrumpfen sich mit Foltervorschlägen

Einblick
Die »elektronische Gesundheitskarte« **4** mit Lichtbild ist nun Pflicht, der Datenschutz gefährdet

Schulterblick
Deutsche Stahlindustrie hat Angst vor **5** chinesischer Billigkonkurrenz und ruft Politik zu Hilfe

Rückblick
Der Punkpoet Attila the Stockbroker **11** hat seine Autobiographie veröffentlicht. Von Simon Loidl

Witzischkeit kennt kein Pardon

FLORIAN SIMBECK/DPA

Die Karnevalsumzüge des Wochenendes nutzten sogenannte Narren mancherorts, menschenverachtender Hetze freien Lauf zu lassen. Ein zum Panzer umgebauter Motivwagen beim Fasching im oberbayerischen Steinkirchen ist ins Visier der Justiz geraten. Die Staatsanwaltschaft ermittelt wegen des Verdachts der Volksverhetzung, wie ein Justizsprecher in Ingolstadt am Montag sagte. Das martialische Pseudokriegsgerät (Foto) trug die Aufschriften »Ilmtaler Asylabwehr« und »Asylpaket III«. Dazu war das von der Wehrmacht während des Zweiten Weltkriegs verwendete Balkenkreuz aufgemalt. Die Urheber des Wagens wollten dies nicht als Hommage an den kalauernden Heinz Schenk begriffen wissen, der die grenzen- und pardonlose »Witzischkeit« besang, sondern explizit als Statement gegen Flüchtlinge. »Ich will nicht, dass wir uns hier in Deutschland verändern müssen«, sagte einer von ihnen dem *Donaukurier*. Auch in Thüringen ermittelt die Staatsanwaltschaft wegen eines Karnevalswagens. Eine Lokomotive war in Wasungen zu sehen – versehen mit den Aufschriften »Balkan-Express« und »Die Ploach kömmt« (Die Plage kommt). Die Narren trugen Heuschreckenkostüme. Wohl keine Folgen für die mutmaßlich rechten Täter wird die Schändung eines Mahnmals im sächsischen Heidenau haben, das an die dortigen rassistischen Krawalle im August 2015 erinnert. Der 15 Meter lange Schriftzug »Miteinander« wurde vollständig schwarz-weiß-rot übermalt – den Farben des Deutschen Reichs und der Nazis. Wie die Polizei mitteilte, werde der Sache nicht nachgegangen. Heidenaus Bürgermeister Jürgen Opitz (CDU) verzichtete auf eine Anzeige. Er sehe den Vorfall nicht unbedingt als Beschädigung, sagte er gegenüber *dpa.* Die Installation sei dazu gedacht, dass sich Menschen darauf verewigten. (jW)

Merkel beim Terrorpaten

Türkische Armee ermordet Dutzende Verwundete in Cizre. **Von Nick Brauns**

Wenige Stunden vor dem Staatsbesuch von Bundeskanzlerin Angela Merkel in der türkischen Hauptstadt Ankara haben Polizei und Armee in der kurdischen Stadt Cizre ein Massaker begangen. Sanitäter hätten Dutzende leblose Körper in einem Keller gefunden, erklärte der Kovorsitzende der prokurdischen Partei der Demokratischen Regionen (DBP), Kamuran Yüksek, am Montag auf einer Pressekonferenz in Mardin.

Der staatliche türkische Fernsehsender *TRT* hatte in der Nacht zum Montag unter Berufung auf Regierungsvertreter gemeldet, bei Gefechten seien 60 Mitglieder der Arbeiterpartei Kurdistans PKK in durch Tunnel verbundenen Kellergeschossen getötet worden. Es habe zwar zwei schwere Explosionen, aber keine Gefechte gegeben, widersprach der Abgeordnete der linken Demokratischen Partei der Völker (HDP) Faysal Sariyildiz in Cizre gegenüber der Nachrichtenagentur *Firat News*.

In einem der von den Einsatzkräften angegriffenen Keller hatten nach HDP-Informationen 62 Personen Schutz gesucht, mehrheitlich Verwundete, darunter Frauen und Kinder. In dem Gebäude waren bereits vergangene Woche neun Menschen bei einem Feuer ums Leben gekommen, da die Polizei der Feuerwehr die Zufahrt in das Stadtviertel verwehrt hatte. Ein Jugendlicher wurde zudem beim Verlassen des Hauses erschossen.

Am Montag nannte der Provinzgouverneur die Zahl von lediglich »zehn außer Gefecht gesetzten Terroristen«. Sariyildiz vermutete: »Möglicherweise geben sie jetzt niedrigere Zahlen an, um Reaktionen der Öffentlichkeit vorzubeugen.« Tatsache sei, »dass hier ein brutales Massaker stattgefunden hat.« Dafür, dass dies von langer Hand geplant war, spricht auch die von *Firat News* verbreitete Meldung, wonach die Polizei bereits am Sonntag vormittag zahlreiche Leichensäcke aus dem örtlichen Krankenhaus geholt hatte.

Die Militäroperationen in Diyarbakir-Sur und Cizre, über die seit zwei Monaten Ausgangssperren verhängt sind, seien zu 99,5 Prozent abgeschlossen, hatte Innenminister Efkan Ala am Wochenende erklärt, zugleich aber weitere Operationen in anderen Städten angekündigt.

100.000 von 120.000 Einwohner haben Cizre verlassen, weil ihre Häuser beschossen wurden. Ganze Straßenzüge liegen in Ruinen. Seit August 2015 wurden bei Ausgangssperren in kurdischen Städten mindestens 224 Zivilisten von den Einsatzkräften getötet, darunter 42 Kinder. Das berichtete die Menschenrechtsstiftung der Türkei (TIHV) am Wochenende. Mindestens 31 Menschen erlagen ihren Verletzungen, weil die Polizei die Einfahrt von Krankenwagen in die belagerten Viertel verhinderte.

Der Krieg der türkischen Regierung gegen die Kurden stand indessen nicht auf der Agenda von Bundeskanzlerin Angela Merkel. Mit ihrem türkischen Amtskollegen Ahmet Davutoglu und Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan sprach die Kanzlerin über die von der EU mit drei Milliarden Euro von der Türkei erkaufte Abwehr von Flüchtlingen.

Unterdessen übte Erdogan scharfe Kritik an der US-Regierung. »Bin ich ihr Partner, oder sind es die Terroristen in Kobani?« fragte Erdogan nach dem Besuch des Sonderbeauftragten des US-Präsidenten für Syrien, Brett McGurk, in der syrisch-kurdischen Stadt. Von EU und USA forderte der türkische Präsident, die in Syrien mit US-Luftunterstützung gegen den »Islamischen Staat« kämpfenden kurdischen Volksverteidigungseinheiten YPG als Terroristen zu listen. Nach YPG-Angaben beschoss die an der Grenze aufgefahrene türkische Armee in den letzten Tagen mehrfach Stellungen der kurdischen Milizen bei Kobani.

■ Siehe Kommentar Seite 8

NATO und deutsche Polizei gegen Flüchtlinge

Ankara. Deutschland und die Türkei wollen die NATO gegen Flüchtlinge einsetzen. Es müsse erörtert werden, inwieweit das Militärbündnis die Überwachung des Seegebiets zwischen der Türkei und Griechenland unterstützen könne, sagte Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) am Montag bei einem Besuch in Ankara. Beim Treffen der NATO-Verteidigungsminister in dieser Woche solle geklärt werden, ob die NATO »bei der Überwachung der Situation auf See hilfreich sein und die Arbeit von Frontex und der türkischen Küstenwache unterstützen kann«, sagte Merkel nach Beratungen mit ihrem türkischen Kollegen Ahmet Davutoglu. Die Kanzlerin kündigte außerdem gemeinsame Einsätze deutscher und türkischer Polizisten gegen den »illegalen Grenzübertritt« in der Türkei an. (AFP/jW)

Fast 700 Verletzte durch rechte Gewalt

Berlin. Im vergangenen Jahr haben sich nach Erkenntnissen der Bundesregierung knapp 59.000 Menschen an Aufmärschen von extrem Rechten beteiligt. Kundgebungen der rassistischen Pegida und ihrer regionalen Ableger kamen zusätzlich auf knapp 43.000 Teilnehmer, wie aus einer am Montag bekanntgewordenen Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Linksfraktion hervorgeht.

CHRISTIAN-DITSCH.DE

Eine Mitschuld daran sah Linke-Innenexpertin Ulla Jelpke (Foto) bei der Bundesregierung: »Vor allem der völlig unsouveräne Umgang der Bundesregierung mit der sogenannten Flüchtlingskrise hat den Rechten in die Hände gespielt.« Hinzu kommt: Die Zahl rechter Gewalttaten hat sich im vergangenen Jahr im Vergleich zu 2014 nach Informationen des *Tagesspiegels* (Dienstagausgabe) fast verdoppelt. Bundesweit habe die Polizei 2015 nach vorläufigen Erkenntnissen 921 einschlägige Delikte von Neonazis und anderen Rechten registriert. Bei den Angriffen wurden demnach mindestens 691 Menschen verletzt. (AFP/dpa/jW)

jW wird herausgegeben von 1.806 Genossinnen und Genossen (Stand 3.2.2016)
■ **www.jungewelt.de/lpg**

»Verstrahlter Müll bleibt immer gefährlich«

Atomkraftgegner verabredeten am Wochenende Aktionen für das kommende Jahr. Sofortiger Ausstieg Kernforderung. **Gespräch mit Wolfgang Ehmke**

Der Streit um die Nutzung der Atomkraft und die Frage, wie mit radioaktivem Müll umzugehen ist, sind keinesfalls beendet, so das Fazit der 8. Atommüllkonferenz in der Volkshochschule Göttingen am Wochenende. Wie ist die aktuelle Lage aus Sicht der Aktivisten?

Die rund 80 Atomkraftgegner aus bundesweit aktiven Initiativen kritisierten, dass CDU/CSU, SPD und Die Grünen das Thema der nuklearen Gefährdung durch Atomkraftwerke hierzulande offenbar für erledigt halten. In Deutschland sind noch acht am Netz, die bis 2022 den Betrieb einstellen sollen; die Brennelementefabrik Lingen und die Urananreicherungsanlage Gronau sind vom Ausstieg ausgenommen. Dagegen wehren wir uns jetzt; da in wenigen Wochen die Jahrestage der Reaktorkatastrophen in Tschernobyl und Fukushima anstehen: Die eine hat sich vor 30 Jahren ereignet, die andere jährt sich zum fünften Mal. Noch immer existiert eine Sperrzone rund um Tschernobyl. In Fukushima werden unterdessen Menschen zur Rückkehr in die verstrahlten Gebiete genötigt, die japanischen Atomkraftwerke sollen sukzessive wieder ans Netz gehen. Auch europaweit ist der Ausstieg kaum Thema. Insbesondere kämpfen wir dagegen an, dass mit EU-Subventionen im britischen Hinkley Point ein neues Kraftwerk errichtet werden soll; allein dessen Bau soll 33,7 Milliarden Euro verschlingen. 441 Atomkraftwerke sind weltweit am Netz.

HOLGER HOLLEMANN/DPA

Wolfgang Ehmke ist Sprecher der »Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg« in Niedersachsen

Welche Aktionen sind in den kommenden Wochen geplant?

Zu den beiden Jahrestagen wird es im März und April viele Aktionen, Veranstaltungen und Demonstrationen geben. Wir werden uns nicht mit Gedenken begnügen, sondern fordern zeitgemäß den sofortigen Atomausstieg sowie, diesen im Grundgesetz festzuschreiben. Leider kann die Antiatombewegung dabei im gesamten etablierten Parteienspektrum nicht mit Unterstützung rechnen – mit Ausnahme der Partei Die Linke. In Dannenberg treffen wir uns weiterhin jeden Montag um 18 Uhr auf dem Rathausplatz zur Mahnwache, im März werden wir dort auch demonstrieren. Im Rahmen einer kulturellen Landpartie werden wir in Gorleben wieder den Widerstand proben – im vergangenen Jahr haben daran 8.000 Menschen teilgenommen.

Jahrelang wurde im Wendland gegen Gorleben demonstriert, nun sollten alle gemeinsam die Aufgabe des dortigen Salzstocks einfordern, so eine Kernaussage der Konferenz. Aber wohin dann mit dem Müll? Keiner will ihn in seiner Nachbarschaft, und gegen Castortransporte sind die Proteste heftig …

Alle Initiativen plädieren dafür, den Müll dort zu lassen, wo er angefallen ist. Die Devise lautet: Nichts rein, nichts raus. Im Salzstock in Gorleben selber lagert kein Müll; er ist dort oberirdisch in Castoren zwischengelagert: Wo er aus unserer Sicht bleiben muss, bis eine irgendwie geartete »Lösung« gefunden wird. Freilich glauben wir nicht daran, dass dies abschließend möglich ist. Denn genau das ist ja das Problem: Verstrahlter Müll bleibt überall und immer gefährlich. Also muss auch das Salzbergwerk Gorleben aus der Liste der vermeintlichen Endlager gestrichen werden. Der einzige Fortschritt kann der sofortige Atomausstieg sein. Die vorgeschobene Sorge, es könnten Stromengpässe entstehen, ist längst widerlegt. Deutschland ist diesbezüglich Exportland und besitzt ihn im Überschuss; was mit dem Siegeszug der umweltverträglichen Energiegewinnung aus erneuerbaren Ressourcen zu tun hat.

Waren auch die Castortransporte Thema?

Transporte aus Jülich und Garching sollen ab dem Jahr 2017 ins westfälische Ahaus gehen. Dies akzeptieren wir nicht. Diese beiden sogenannten Forschungsanlagen in Jülich und Garching haben die verdammte Pflicht, von ihnen produzierten Müll wieder abzureichern – ihn nicht etwa unter dem Deckmantel der Forschung sogar in die USA zu verbringen. Wir werden uns im Herbst deshalb wieder zu Blockaden verabreden und in Aktion treten.

Kommen die Antiatominitiativen in die Jahre – fehlen beispielsweise junge Leute, weil die die Historie des langen Kampfs im Wendland nicht mitbekommen haben?

Freilich müssen wir uns damit beschäftigen, die Geschichte der Kämpfe seit den 1970er Jahren auch jungen Aktivisten zu vermitteln. Aber sie kommen stets zu unseren Aktionen – dann ist zu merken: Leider ist die Geschichte noch Gegenwart. Sie hat sich nicht erledigt, so wie es die etablierten Kräfte behaupten.

Interview: Gitta Düperthal

■ www.bi-luechow-dannenberg.de

UMBRUCH BILDARCHIV

Gedenken und Mahnung. Das »Bündnis gegen Rassismus« hat am Montag in Berlin-Kreuzberg erneut ein Wandbild zur Erinnerung an Opfer des Terrornetzwerks NSU aufgehängt. Ein ähnliches Bild wurde bereits 2014 von Polizeibeamten wegen »Verunglimpfung des Staates« aufgrund der Formulierung »NSU: Staat & Nazis Hand in Hand« entfernt. »Seit dem Auffliegen des NSU gibt es in den Medien eine starke Täterfokussierung, es werden unzählige Reportagen über die Gruppe produziert – solch ein Interesse an den Opfern vermissen wir jedoch«, teilte das Bündnis am Montag mit. (jW)

»Schmutzige Flüchtlingsabwehr«

Weiterer Koalitionsstreit um Asylpaket II. Linke empfiehlt Runden Tisch

Die Linke hat der Bundesregierung empfohlen, angesichts des Gezerres um das Asylpaket II Fachleute für das Thema Flüchtlingspolitik zu Rate zu ziehen. »Da diese Regierung offensichtlich keinen Plan und keine Ahnung hat, empfehlen wir ihr einen Runden Tisch mit richtigen Experten, das heißt mit Menschenrechtsorganisationen und Initiativen wie Pro Asyl« oder Helfern aus den Kommunen, sagte die Linkspartei-Vorsitzende Katja Kipping am Montag in Berlin. Mit dem jüngsten »Koalitionschaos« um eine Veränderung im Gesetzentwurf zu den unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen schüre die Koalition weitere Verunsicherung, »und das in Zeiten, in denen Verunsicherung Rassisten in die Hände spielt«.

Kipping warf Kanzlerin Angela Merkel (CDU) vor, mit ihrer Türkeireise am Montag nur »das weitere Outsourcing der schmutzigen Flüchtlingsabwehr sicherzustellen«. Sie fügte hinzu: »Die Verlogenheit der deutschen Außenpolitik wird im Vergleich deutlich: Die Türkei, die Krieg gegen die eigene Bevölkerung führt, bekommt drei Milliarden Euro. Griechenland, das sich weigert, Krieg gegen die Flüchtlinge zu führen, wird mit dem Rausschmiss aus dem Schengen-Raum bedroht.« Damit werde auch eine »moralische Bankrotterklärung der europäischen Politik deutlich«, sagte die Linke-Chefin.

Im Streit über das sogenannte Asylpaket II hat das Bundesfamilienministerium einen Fehler eingeräumt. Eine Veränderung im Gesetzentwurf sei dem Familienministerium zwar aufgefallen, sagte eine Sprecherin am Montag in Berlin. »Aber die Tragweite wurde anders eingeschätzt.« Diese Einschätzung sei falsch gewesen. Der Konflikt dreht sich darum, ob auch minderjährigen Flüchtlingen mit eingeschränktem Schutz verboten werden soll, ihre Eltern in die BRD nachzuholen. SPD-Chef Sigmar Gabriel hatte nach dem Beschluss des Kabinetts mitteilen lassen, das sei nicht mit ihm verabredet gewesen. In die Abstimmung des Entwurfs vor der Kabinettsberatung waren auch Ministerien mit SPD-Führung eingebunden. Ein Sprecher des Innenressorts sagte, man könne davon ausgehen, »dass Gesetzentwürfe aus unserem Haus so gemeint sind, wie sie in die Ressortabstimmung gegeben werden«. Unterdessen wird in der CDU-Führung der Ruf nach weiteren Verschärfungen des Asylrechts laut. CDU-Vize Thomas Strobl forderte, Asylbewerbern das unbefristete Aufenthaltsrecht künftig frühestens nach fünf Jahren zu ermöglichen. (dpa/jW)

NACHRICHTEN

Tote nach Anschlag in Afghanistan

Masar-i-Scharif. Im Norden Afghanistans sind bei einem Selbstmordanschlag der Taliban amtlichen Angaben zufolge mindestens drei Menschen getötet worden. Der Attentäter habe sich neben einem Militärbus in die Luft gesprengt, teilte die Regierung der Provinz Balch mit. Rund ein Dutzend Menschen seien verletzt worden. Bei den Toten handele es sich um afghanische Armeeangehörige. Dem Kabuler Verteidigungsministerium zufolge ereignete sich der Anschlag nahe der Provinzhauptstadt Masar-i-Scharif. Dort befindet sich das Feldlager der in Afghanistan stationierten Bundeswehr-Soldaten. Die Taliban bekannten sich zu der Tat. (Reuters/jW)

UNO kritisiert Verbrechen im Syrien-Krieg

Genf. Im Syrien-Krieg sind in Gefängnissen der Regierung und in Haftlagern dschihadistischer Gruppen nach UN-Angaben Tausende von Menschen gequält und getötet worden. Folter, Vergewaltigungen, Morde und weitere Kriegsverbrechen sowie Verbrechen gegen die Menschlichkeit seien dort tägliche Praxis, erklärte die vom UN-Menschenrechtsrat berufene Untersuchungskommission für Syrien am Montag in Genf. Viele andere Häftlinge seien durch Krankheiten infolge unhygienischer Zustände sowie der Verweigerung medizinischer Hilfe ums Leben gekommen. Der Bericht stützt sich auf Befragungen von 621 Zeugen außerhalb Syriens. (dpa/jW)

Freispruch für Prügelpolizisten

Chemnitz. In einer Berufungsverhandlung hat das Landgericht Chemnitz am Montag einen 29jährigen Polizisten freigesprochen. Der Beamte der Chemnitzer Bereitschaftspolizei soll im September 2014 einen 33jährigen geschlagen haben und im Februar 2015 nachweislich einen 16jährigen Demonstranten, der gegen den Chemnitzer Pegida-Ableger protestierte. Das brutale Vorgehen am Rande der Pegida-Demonstration wurde auf Video dokumentiert. Der Vorsitzende Richter Dirk-Eberhard Kirst (55) wertete es laut *Mopo 24* jedoch als verhältnismäßig: »Die Mittel der Schocktechnik waren angemessen«. (jW)

Roger Willemsen mit 60 Jahren gestorben

Hamburg. Der Bestsellerautor und frühere Fernsehmoderator Roger Willemsen ist tot. Dies bestätigten am Montag sein Büro in Hamburg und der Verlag S. Fischer in Frankfurt. Willemsen starb demnach am Sonntag im Alter von 60 Jahren an den Folgen einer Krebserkrankung in seinem Haus in Wentorf bei Hamburg. Bekannt wurde er als Talkshowmoderator. Dann zog er sich aus dem Fernsehgeschäft zurück und konzentrierte sich auf das Schreiben u. a. von essayistischer Reiseliteratur (»Die Enden der Welt«). Zuletzt landete er mit seinem Buch »Das Hohe Haus« (2014) einen Bestseller. Die Krebserkrankung war bei Willemsen im August vergangenen Jahres festgestellt worden. (dpa/jW)

»Verschärftes Befragen«

Zweite Runde der US-Vorwahlen: Republikaner übertrumpfen sich mit Foltervorschlägen. Patt zwischen Demokraten. **Von Jürgen Heiser**

FEDERICO GAMBARINI/DPA

»Make Fascism great again«: Donald Trump ätzt – hier im Düsseldorfer Karneval

Kaum ist der Theaterdonner der Vorwahlen im US-Bundesstaat Iowa vom Montag vergangener Woche verhallt, steht heute im Staat New Hampshire der nächste Termin für die Kandidatenkür der US-Präsidentschaftswahlen an – allerdings mit reduziertem Personal.

Bei den Demokraten sind nur noch Hillary Clinton und Bernie Sanders im Rennen. Und von anfänglich zehn Kandidaten der Republikaner haben drei aufgegeben. Unter den verbleibenden sieben ist weiterhin der Provokateur Donald Trump tonangebend. Er mobilisiert mit seinem Gepolter den rechten Rand der Gesellschaft und hilft, den Schein innerparteilicher Grabenkämpfe zu inszenieren, um das Parteivolk aufzurütteln und an die Wahlurnen zu bringen. In Iowa wurde der Immobilienmilliardär zwar nur zweiter, aber neue Umfragen sehen ihn vor New Hampshire wieder im Aufwind.

Am Samstag abend (Ortszeit) lieferte sich Trump mit seinen Parteikonkurrenten in einer aus Manchester (New Hampshire) vom Sender *ABC* live übertragenen Debatte Wortgefechte zum Thema Terrorismus: Er habe als künftiger US-Präsident kein Problem, »noch weitaus Schlimmeres einzuführen als Waterboarding«. Für seinen derzeit schärfsten Konkurrenten, den innerparteilichen Sieger von Iowa, Senator Ted Cruz aus Texas, ist die Praxis des simulierten Ertrinkens »keine Folter, sondern verschärftes Befragen«. Der von Exilkubanern abstammende ultrakonservative Cruz zeigt damit, dass er sich kaum von seinem Parteifreund Trump unterscheidet.

Das schlechte Abschneiden von Floridas Exgouverneur John Ellis »Jeb« Bush machte klar, dass Umfrageergebnisse vor den Wahlen nicht identisch sein müssen mit den Entscheidungen am Wahltag. Der lange Zeit hoch gehandelte Bush wird heute kaum noch erwähnt, seit er in Iowa mit 2,8 Prozent weit abgeschlagen wurde. Ehemals treue Wähler des Zweiparteiensystems der USA erweisen sich zu Beginn des noch bis zum Sommer dauernden Vorwahlmarathons als argwöhnisch und politikverdrossen gegenüber dem Parteiestablishment.

Das erfährt nun auch Hillary Clinton. Weder Millionenbeträge von Großspendern noch die Unterstützung ihres Ehemanns, Expräsident William Clinton, verhalfen ihr in Iowa zur erwarteten Stimmenmehrheit. Das überraschende Aufholen des demokratischen Sozialisten Bernard »Bernie« Sanders ließ Clintons Vorsprung in Iowa auf nur 0,3 Prozent und somit auf »die Stärke einer Rasierklinge« schrumpfen, wie Kommentatoren spöttisch anmerkten. Der afroamerikanische Blog *The Root* titelte gar sportlich: »Sanders schlägt Clinton 49 zu 49«.

Die um den Erfolg ihrer Wahlkampagne bangende Demokratin versuchte am Donnerstag in der letzten öffentlichen Debatte vor New Hampshire ihre Erfahrungen als Außenministerin gegen Sanders auszuspielen. Der konterte jedoch Clintons Vorschläge für den Kampf gegen den »Islamischen Staat« mit dem Hinweis, sie verfüge möglicherweise über mehr außenpolitische Erfahrung, aber mit einem besseren Urteilsvermögen hätte sie 2002 wie er gegen den Irak-Krieg gestimmt. Dann wäre die Lage in der Region heute weniger prekär.

Damit holte Sanders die Antikriegsstimmung im Land auf die Bühne und mit ihr seine wachsende Anhängerschaft, die ihn unterstützt, weil sein politisches Programm mit den Inhalten der wichtigsten Basiskämpfe der letzten Jahre korrespondiert. Außer den katastrophalen US-Feldzügen greift er Streitpunkte wie Mindestlohn, Krankenversicherung, Klimawandel und Umweltschutz, Masseninhaftierungen und rassistische Polizeigewalt auf. Er »outet sich« als Gegner der Todesstrafe. So zieht er Bewegungen wie »Occupy Wall Street«, »Black Lives Matter« und die Gewerkschaftsbasis an. Vor allem aber gelang es Sanders' Team, Jungwähler zu mobilisieren. In Umfragen liegt Sanders bei den unter 30jährigen mit 84 zu 14 Prozent weit vor Clinton, der es scheinbar nicht einmal mehr gelingt, die gesamte ältere Kernwählerschaft ihrer Partei zu erreichen.

Laut Umfragen könnte Sanders seine Kontrahentin in New Hampshire mit 20 Prozent überflügeln. Die frühere »First Lady« scheint darauf zu vertrauen, dass sie bei den beiden nachfolgenden Etappen in South Carolina und Alabama wieder mit Hilfe der Stimmen von Afroamerikanern aufholt, die schon wahlentscheidend waren für Barack Obama und ihren Ehemann. Unter Ausblendung der derben Schlappe, die Obama ihr 2008 in Iowa zugefügt hatte und die das Ende ihrer damaligen Kandidatur einläutete, hält Clinton nun vollmundige Lobesreden auf ihren einstigen Chef im Weißen Haus und erhebt Anspruch auf sein politisches Erbe. Auf den Stufen des Parlamentsgebäudes in Columbia (South Carolina) erklärte sie anlässlich des Gedenktags für den 1968 ermordeten Martin Luther King, dieser habe »darauf gezählt, dass wir alle weitermachen, nachdem er von uns gegangen war«. Auch sie wolle »die heilige Arbeit fortführen, die einst die Helden der Bürgerrechtsbewegung begannen«.

Doch wie schon 2008 Clintons Schlagwort von der »Kompetenz« von Obamas »Wandel« überflügelt worden war, sieht *Roots* ihr derzeitiges Werben mit ihrer »politischen Erfahrung« von Sanders' Ruf nach einer im Land fälligen »politischen Revolution« in den Hintergrund gedrängt. Und auf Clintons Appell an alle Frauen, sie zur »ersten Präsidentin der USA« zu machen, entgegnen schwarze Feministinnen, dass sie ihr »keine Unterstützung schulden«. Schließlich hätten Clinton und ihre weißen Anhängerinnen geschwiegen, kritisierte die *Roots*-Bloggerin Kirsten West Savali, »als schwarze Frauen und Mädchen kriminalisiert und von rassistischen Polizisten attackiert wurden.«

■ Zur Person

Bernard Sanders

Der 1941 geborene Bernard »Bernie« Sanders organisierte sich als Student der Politikwissenschaften in der Socialist Party of America und im Student Nonviolent Coordinating Committee, engagierte sich in der Bürgerrechtsbewegung und gegen den Vietnamkrieg. Nach dem Studium arbeitete er als Zimmermann, Dokumentarfilmer und freier Autor und bewarb sich als Unabhängiger erfolglos um politische Ämter seines Bundesstaats. 1981 gewann er knapp die Wahl zum Bürgermeister seines Wohnorts Burlington und entwickelte in seiner achtjährigen Amstzeit eine an niedrigen Einkommen orientierte Sozialpolitik.

1990 besiegte Sanders seinen republikanischen Gegenkandidaten für Vermonts einzigen Sitz im US-Repräsentantenhaus. Damit war er nach 40 Jahren der erste unabhängige Abgeordnete dort und wurde sechsmal wiedergewählt. 2006 kandidierte er für den Senat und setzte sich gegen den Republikaner Richard Tarrant durch, 2012 wurde er mit 71 Prozent der Stimmen wiedergewählt. Im Kongress stimmte er gegen den Golfkrieg von 1991, lehnte Präsident William Clintons Nordamerikanisches Freihandelsabkommen NAFTA ab, kämpfte gegen die Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Paare und gegen hohe Medikamentenkosten für Brustkrebspatientinnen und Senioren. Er vereitelte den Plan des IBM-Konzerns, die Betriebsrenten von 130.000 Mitarbeitern um 50 Prozent zu kürzen, und prangerte als unabhängiger »demokratischer Sozialist« die Allmacht des Wall-Street-Kapitalismus an.

Nach den Anschlägen vom 11. September 2001 lehnte Sanders den »USA PATRIOT Act« wegen der Einschränkung der Bürgerrechte ab und votierte gegen den Irak-Krieg. Im Mai 2015 gab er seine Kandidatur für das Präsidentenamt bekannt und trat im November der Fraktion der Demokraten bei. (jh)

■ Rede von »Bernie« Sanders am Abend der Vorwahlen im US-Bundesstaat Iowa, 2. Februar 2016

Danke, Iowa! Als wir vor neun Monaten in diesen schönen Staat kamen, hatten wir keine politische Organisation, kein Geld, niemand kannte uns. Und dann nahmen wir es mit der mächtigsten politischen Organisation in den USA auf. Und heute Abend sieht es so aus, dass wir (mit Hillary Clinton; *jW*) gleichauf liegen. Ich bin überwältigt und bewegt durch die Tatsache, dass Millionen Menschen überall im Land freiwillige Helfer unserer Kampagne wurden. Wir haben dreieinhalb Millionen Einzelspenden von durchschnittlich 27 Dollar erhalten! Wir stehen nicht für die Interessen der Klasse der Milliardäre, der Wall Street oder der US-Konzerne. Wir wollen deren Geld nicht!

Wir waren in Iowa so erfolgreich und werden es wohl auch in New Hampshire und weiteren Staaten sein, weil das amerikanische Volk nein sagt zu einer korrupten Ökonomie. Es ist nicht fair, wenn die oberen zehn Prozent heute soviel Vermögen besitzen wie die unteren 90 Prozent. Es ist nicht fair, wenn die 20 reichsten Menschen in diesem Land mehr Vermögen besitzen als die untere Hälfte. Seid ihr also offen für eine radikale Idee? Sie lautet: Wir werden eine Ökonomie schaffen, die den Arbeiterfamilien dient und nicht nur der Klasse der Milliardäre.

Weil Millionen Menschen für Hungerlöhne arbeiten, werden wir den Mindeststundenlohn auf 15 Dollar (13,77 Euro) erhöhen. Frauen sollen gleiche Löhne erhalten. Niemand soll für eine gute Bildung mit Verschuldung bestraft werden. Ab 2016 werden wir deshalb alle Studiengebühren für staatliche Colleges und Universitäten abschaffen. Zur Finanzierung werden wir die Spekulationsgeschäfte der Wall Street besteuern. Habgier, Leichtsinn und illegales Handeln der Wall Street haben diese Wirtschaft in die Knie gezwungen. Das amerikanische Volk hat die Wall Street gerettet. Nun muss die Wall Street der Mittelschicht beistehen.

Wenn wir von der Veränderung der Vereinigten Staaten sprechen, dann müssen wir die Schande beenden, dass bei uns mehr Menschen im Gefängnis sitzen als in jedem anderen Land, darunter überproportional viele Afroamerikaner und Latinos. Wir werden deshalb mehr Jobs und Ausbildungsplätze für unsere Kinder schaffen und nicht immer mehr einsperren.

Ich habe mit Wissenschaftlern überall auf der Welt gesprochen. Es bedarf keiner Debatte mehr: Der Klimawandel ist Realität. Deshalb tragen wir moralische Verantwortung dafür, mit allen Ländern der Erde daran zu arbeiten, unser Energiesystem umzustellen, weg von fossilen Brennstoffen und hin zu nachhaltiger Energieerzeugung.

Wenn jedes größere Land auf der Erde seiner Bevölkerung einen Rechtsanspruch auf Gesundheitsversorgung garantiert, sollte das auch in den USA ein Recht und kein Privileg sein.

Ich will mit einer Bemerkung schließen, die Sie von keinem anderen Präsidentschaftskandidaten hören werden: Kein Präsident, auch kein Bernie Sanders oder sonstwer, kann die Veränderungen bewirken, die Arbeiterfamilien und die Mittelschicht dieses Landes, die unsere Kinder und Senioren verdienen. Kein Präsident kann das, weil die Wall Street und die US-Konzerne so mächtig sind, dass kein Präsident das allein schaffen kann. Deshalb hat in Iowa heute eine politische Revolution begonnen. Sie bedeutet, dass dann, wenn Millionen Menschen sich zusammentun – einschließlich aller, die aufgegeben haben, sich politisch einzuschalten, weil sie so bestürzt und frustriert sind über das, was in Washington geschieht, und einschließlich junger Leute, die nie zuvor am politischen Prozess teilgenommen haben –, wenn also junge und arbeitende Menschen und Senioren aufstehen und laut und deutlich sagen: »Genug ist genug!« und dass die Regierung unseres großartigen Landes für uns alle da ist und nicht nur für eine Handvoll Milliardäre, dann werden wir dieses Land wirklich verändern. **Bernie Sanders**

■ Übersetzung: Jürgen Heiser

Zitat des Tages

Journalisten sind im Gefängnis. Wissen Sie es nicht?

Die türkische Zeitung *Cumhuriyet* titelte am Montag auf Deutsch – als Mahnung an Kanzlerin Angela Merkel (CDU), während ihres Besuchs im Land Menschenrechte und Pressefreiheit anzusprechen. Mehrere Redakteure der Zeitung sitzen in Haft.

Keine Erkenntnisse nach Antiterrorrazzien

Berlin. Die Hintergründe der Antiterrorrazzien in der letzten Woche in drei Bundesländern sind weiterhin unklar. Eine Sprecherin der Berliner Staatsanwaltschaft teilte am Montag mit, das sichergestellte Beweismaterial werde noch ausgewertet, die Ermittlungen dauerten an. Berlin ist in dem Verfahren federführend. Zu Einzelheiten hielt sich die Sprecherin bedeckt. Ermittelt wird gegen vier Algerier zwischen 26 und 49 Jahren wegen des Verdachts der Vorbereitung einer »schweren staatsgefährdenden Gewalttat«. Der 34jährige Hauptverdächtige wurde in Nordrhein-Westfalen festgenommen, weil gegen ihn ein algerischer Haftbefehl wegen Mitgliedschaft in der Terrormiliz »Islamischer Staat« (IS) vorlag. Laut Staatsanwaltschaft sollen die vier Algerier angeblich ein Attentat in Berlin geplant haben. Anschlagsziele waren aber nach Informationen der Nachrichtenagentur *dpa* noch nicht ausgekundschaftet.

(dpa/jW)

Exgeneralinspekteur warnt vor NATO-Einsatz

Berlin. Der frühere Generalinspekteur der Bundeswehr, Harald Kujat, sieht den Einsatz von Awacs-Flugzeugen der NATO in Syrien kritisch. »Wir dürfen uns nicht in Trippelschritten in einen Konflikt hineinziehen lassen, ohne zu wissen, was der nächste Schritt sein wird und was am Ende dabei herauskommt«, sagte Kujat der *Neuen Osnabrücker Zeitung* (Montagausgabe).

(dpa/jW)

Großer Schaden nach Brandstiftung

Kaufbeuren. Das schadenträchtige Feuer in einer geplanten Flüchtlingsunterkunft im schwäbischen Kaufbeuren am Sonntag ist wohl absichtlich gelegt worden. »Wir gehen mutmaßlich von einer Brandstiftung aus«, sagte ein Polizeisprecher am Montag. »Es sind aber noch Untersuchungen nötig, um das definitiv zu bestätigen.« Bei dem Feuer war ein Schaden von mehreren Hunderttausend Euro entstanden, verletzt wurde niemand. Der Brand war im Dachstuhl des dreigeschossigen Hauses ausgebrochen.

(dpa/jW)

Eine gigantische Umverteilung

Wer noch keine »elektronische Gesundheitskarte« mit Lichtbild hat, wird vom Arzt nur noch auf Privatrechnung behandelt. **Von Gitta Düperthal**

FRANK RUMPENHORST/DPA

Sparschwein in der Arztpraxis: Auch für Mediziner ist die »elektronische Gesundheitskarte« kein reiner Segen

Jahrelang hatten Versicherte Widerstand gegen die neue elektronische Gesundheitskarte (eGK) geleistet, da sie mangelnden Datenschutz befürchteten: Sie schickten deshalb einfach das von den Krankenkassen geforderte Foto nicht ein. Diese sind nach Sozialgesetzbuch Paragraph 291 Absatz zwei verpflichtet, die neue Karte mit einem Bild auszustatten. Also: kein Foto – keine eGK. Ab Beginn 2016 klappt eine solche Verweigerung nicht mehr. Zwar gestalten die Krankenkassen den Umgang mit Verweigerern immer noch mal mehr, mal weniger kulant. Aber selbst Jan Kuhlmann, Rechtsanwalt in Berlin, aktiv im »Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung« (AKV) und in der Arbeitsgruppe »e-Card«, der mit seinen Detailkenntnissen zu den letzten Verweigerern gehörte, sagte nun am Freitag gegenüber *jW*: »Der Boykott durch Nichteinschicken des Fotos ist unpraktisch geworden.« Seit Jahresbeginn machen die Kassen Druck: Bislang hatten Mitarbeiter Patienten noch bei Beharren auf den Protest gegen die eGK Ersatzpapiere in Praxen gefaxt, die für jeden einzelnen Arztbesuch eigens angefordert werden mussten. Jetzt heißt es zum Beispiel auch bei der Barmer Ersatzkasse: Wer die Abgabe eines Lichtbildes verweigert hat, erhalte erst eine weitere Ersatzbescheinigung, wenn es eingereicht ist. Der Arzt müsse eine Privatrechnung schreiben. Gezahlt werde erst nach Einsenden des Fotos.

Mit dem E-Health-Gesetz wolle er »den Fortschritt im Gesundheitswesen« vorantreiben, hatte Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe (CDU) getönt. Er fordert Ärzte, Kassen und Industrie auf, gesetzliche Vorgaben zügig umzusetzen. Patientennutzen und Datenschutz sollten dabei angeblich im Mittelpunkt stehen. Anders sehen das zumindest 20 Versicherte, deren laufende Verfahren bei Gerichten anhängig sind. Sie beklagen, dass sie nur Leistungen erhalten, wenn sie die Karte vorlegen. Eine Verfassungsbeschwerde gegen das Gesetz sei in Vorbereitung, so Kuhlmann. Der Verein Digitalcourage sammelt Spenden für einen Rechtshilfefonds.

Kritiker der eGK bemängeln folgendes: Wenn ein Patient eine Zweitmeinung zur Behandlung einholen wollte, würde der zweite Arzt über die empfohlenen Maßnahmen des ersten schon Bescheid wissen und sei dann möglicherweise nicht mehr objektiv. Zweitens seien die Daten generell nicht gesichert. Momentan kann die eGK, technisch gesehen, noch gar nicht mehr als die alte Plastikkarte. Doch Ausbaustufen sind vorgesehen.

Nach Kuhlmanns Auffassung widerspricht auch der vorgesehene Stammdatenabgleich der Versicherten, der 2017 in einem zentralen Server an den Start gehen soll und besonders chronische Patienten mit Diabetes oder Brustkrebs betrifft, dem Recht der Versicherten auf informationelle Selbstbestimmung. Geplant sei, nach einem Krankenhausaufenthalt Gesundheitsdaten für eine Nachbehandlung zu übermitteln, um diese möglichst kostengünstig zu gestalten – auch ohne Zustimmung der Versicherten. Bislang habe das Projekt der eGK ähnlichen Nutzen wie der Berliner Flughafen erbracht: gar keinen. Es funktioniere nicht. Aber drei Milliarden Euro aus den Geldern der Versicherten seien in eine gierige IT-Branche hineingepumpt worden.

Die federführende »Gesellschaft für Telematikanwendungen der Gesundheitskarte mbH« (Gematik) wolle eine eierlegende Wollmilchsau schaffen und alle Probleme zugleich lösen, die im Datenaustausch des Gesundheitssystems auftreten. Ständig tauchten weitere Sicherheitslücken auf, was erneut Zeit und Geld koste. »Sie hat sich übernommen, nutzt aber die Möglichkeit, fortwährend Geld aus dem Krankenversicherungssystem abzuziehen«, sagt Kuhlmann. Die Tochter Arvato des Gütersloher Bertelsmann-Konzerns mache ebenfalls gute Geschäfte mit der für die eGK benötigten Infrastruktur. Geld werde auch in die Kassen der Münchner Chipkartenfabrik Giesecke & Devrient gespült. Das Projekt sei »ein gigantisches Umverteilungsprojekt von der Gesundheitsbranche in die IT-Industrie«, so Kuhlmann.

■ http://kurzlink.de/E-health

Der Friedensfürst

Wolfgang Ischinger, Chef der »Sicherheitskonferenz«, ist ein Meister der Kriegspropaganda

Der Leiter der in Kürze beginnenden »Münchner Sicherheitskonferenz«, Wolfgang Ischinger, ist ein wahrer Meister der Kriegspropaganda. Er weiß: Wer Krieg führen will, muss den eigenen Friedenswillen betonen, den Feind hingegen als Verbrecher darstellen und Kriegsgegner als dessen Helfershelfer denunzieren. Ein Beispiel seiner Kunst gab Ischinger unlängst im Gespräch mit dem Schweizer Online-Finanzportal *cash.ch*. Der Bürgerkrieg in Syrien müsse im Interesse der Humanität und des Friedens »gelöst« werden, erklärte der ehemalige deutsche Spitzendiplomat und forderte einen Krieg des Westens gegen die Truppen der amtierenden Regierung unter Baschar Al-Assad: »Ich kämpfe auch persönlich gegen die pazifistische Neigung in Deutschland, dass jede Form der militärischen Intervention verteufelt wird. Im Jahr 2011, als der Bürgerkrieg los ging, herrschte in Berlin die Meinung vor: Wer interveniert, löst einen Flächenbrand aus. So intervenierte Deutschland nicht, die USA nicht, ebensowenig Frankreich und Großbritannien. (…) Wir tragen durch unser Wegschauen Mitverantwortung. Und wir sind mitschuldig am Tod von Hunderttausenden von Menschen, weil wir nichts getan haben.« Dass die NATO-Staaten und ihre Verbündeten wie etwa Saudi-Arabien den Syrien-Krieg von Anfang an nicht zuletzt durch ihre Unterstützung für den »Islamischen Staat« systematisch befeuert haben, sagte Ischinger nicht.

In bezug auf das Führen von Kriegen gegen dem Westen missliebige Regimes verfügt der Leiter der »Münchner Sicherheitskonferenz« über einschlägige Erfahrungen. Als Staatssekretär im seinerzeit von Joseph Fischer (Bündnis 90/Die Grünen) geleiteten Auswärtigen Amt war Ischinger Ende der 1990er Jahre maßgeblich an der diplomatischen Vorbereitung und propagandistischen Absicherung des NATO-Überfalls auf die Bundesrepublik Jugoslawien beteiligt. Seine damalige Tätigkeit ist für ihn heute mitnichten Anlass zur Selbstkritik – im Gegenteil: »Frieden kann und muss gelegentlich erzwungen werden«, sagte er Ende Januar Springers *Welt*. Um die »entsprechenden Fähigkeiten« der Bundeswehr zu erhalten und auszubauen, sprach sich Ischinger wenig später für eine drastische Erhöhung des deutschen Militäretats aus.

Bei der deutsch-europäischen Rüstungsindustrie kommen solche Äußerungen selbstredend gut an, weshalb sie sich Ischinger gegenüber gerne erkenntlich zeigt: Zu den »Partnern« und »Sponsoren« seiner »Münchner Sicherheitskonferenz« gehören unter anderem der Panzerbauer Krauss-Maffei Wegmann, der Flugzeugproduzent Airbus und der Raketenhersteller MBDA. Aber auch andere Fraktionen des deutschen Kapitals schätzen den weltweit gut vernetzten »Krisenmanager«. Von 2008 bis 2014 fungierte er als »Generalbevollmächtigter für Regierungsbeziehungen« des Allianz-Konzerns; zur Zeit gehört er den Aufsichtsräten mehrerer Tochtergesellschaften des transnational agierenden Finanz- und Versicherungsriesen an.

Zudem erfreut sich Ischinger der hohen Wertschätzung hiesiger Denkfabriken und Hochschulen. Die regierungsnahe Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) zählt ihn ebenso zu ihren beratenden Mitgliedern wie die für die Ausgestaltung und propagandistische Vermittlung der deutschen Militärpolitik zuständige Bundesakademie für Sicherheitspolitik (Baks). Die private »Hertie School of Governance« berief Ischinger erst im September letzten Jahres auf einen Lehrstuhl für »Sicherheitspolitik und diplomatische Praxis«; schon Ende 2010 hatte ihn die Universität Tübingen zum Honorarprofessor im Bereich »Friedens- und Konfliktforschung« ernannt. Der zuerst genannten Tätigkeit geht Ischinger indes offenbar deutlich lieber nach, gibt es ihm zufolge doch an öffentlichen deutschen Hochschulen zu viele Gruppen, die seine Arbeit »aus pazifistischen, ideologischen und politischen Gründen boykottieren«. Auch ein gewiefter Kriegspropagandist der herrschenden Klasse hat manchmal so seine Probleme.

Peer Heinelt

25 Feria Internacional del Libro de La Habana CUBA / 2016

Onlinespezial
Buchmesse Havanna
www.jungewelt.de/havanna2016
junge Welt

Kein Protektionismus?

Deutsche Stahlindustrie hat Angst vor chinesischer Billigkonkurrenz und ruft Politik um Hilfe an. Die will prompt handeln. **Von Ralf Wurzbacher**

In der Stahlindustrie geht die Angst um. Wäre China eine »Marktwirtschaft«, könnte es um Thyssen-Krupp und die Salzgitter AG bald geschehen sein. Deutschlands Branchenführer malen derzeit gerne den Teufel an die Wand, wenn es um die wachsende Konkurrenz aus dem Reich der Mitte geht. Weil dort der Wirtschaftsboom fürs erste zum Erliegen gekommen ist, bieten chinesische Produzenten ihren Stahl seit einem Jahr verstärkt auf dem Weltmarkt feil – in Massen und zu Billigpreisen. Derzeit schützt die EU ihre Binnenmärkte noch mit Einfuhrzöllen gegen den Widersacher aus Fernost, mit dem Wohlwollen der Welthandelsorganisation (WTO). Damit ist es demnächst vielleicht vorbei.

Die EU will bis 11. Dezember darüber entschieden haben, ob sie China als eine waschechte Marktwirtschaft anerkennt. In Artikel 15 des WTO-Beitrittsvertrages wurde den Chinesen 2001 zugesagt, dass sie spätestens nach 15 Jahren als gleichwertiger Handelspartner zu erachten und sämtliche Antidumpingmaßnahmen zu beenden seien. Gegenwärtig belegt die EU noch mehr als 50 Produkte aus China mit Extraauflagen. Ein regelrechtes Horrorszenario für den Zeitpunkt ihres Wegfalls hat das US-amerikanische Economic Policy Institute (EPI) entworfen. Laut einer jüngeren Studie droht die Produktion in der Union um bis zu 228 Milliarden Euro pro Jahr einzubrechen. Außerdem würden zwischen 1,7 bis 3,5 Millionen Arbeitsplätze verlorengehen.

Sorgen bereitet das natürlich auch den Bundesländern mit Stahlherstellung. Dazu zählt Niedersachsen, mit einem Anteil von 17 Prozent an der deutschen Gesamtproduktion. Gestern trafen in Hannover Branchenvertreter und Gewerkschafter mit dem dortigen Finanzminister Peter-Jürgen Schneider (SPD) und Wirtschaftsminister Olaf Lies (SPD) zum 1. Niedersächsischen Stahldialog zusammen. Lies hatte bereits im Vorfeld vor dem Verlust Tausender Jobs gewarnt. Als Beispiel nannte er Großbritannien, wo die Verdoppelung der Importmenge aus China innerhalb eines Jahres mehrere Unternehmen in den Ruin getrieben haben soll. Lies wünschte sich Änderungen des EU-Handelsrechts, »um schon bei einem offensichtlich drohenden Schaden eingreifen zu können«. Dies habe »nichts mit Protektionismus zu tun«.

Dafür erntete er Zuspruch von der Wirtschaftsvereinigung Stahl: »Wenn China unverdient von der EU als Marktwirtschaft eingestuft wird, kann sich die EU-Stahlindustrie nicht mehr gegen unfaire Einfuhren schützen«, äußerte sich Verbandspräsident Hans Jürgen Kerkhoff am Montag. Peking dürfe »seine Strukturprobleme nicht auf dem europäischen Markt abladen«. Dabei plagen »Strukturprobleme« längst nicht nur die Chinesen. Der Stahlindustrie machen schon lange Überkapazitäten und niedrige Preise zu schaffen. Weil die globale Ökonomie seit der Finanz- und Wirtschaftskrise nicht mehr richtig in die Gänge kommt, liegt die Nachfrage heute weit unter dem Niveau von 2007.

Deutschlands Stahlproduzenten – führend in der EU und die Nummer sieben weltweit – mussten zuletzt deutliche Auftragsrückgänge verkraften. Für den nächsten Dämpfer sorgten am vergangenen Freitag die miesen Bilanzzahlen des niederländisch-luxemburgischen Weltmarktführers ArcelorMittal. Der Fehlbetrag für 2015 summiert sich demnach auf knapp acht Milliarden US-Dollar (7,2 Milliarden Euro). Der Konzern will die Aktionäre um frisches Geld bitten, streicht die Dividende und kündigte Einschnitte in Spanien und den USA an. Nach der Hiobsbotschaft rutschten an der Börse prompt auch die Kurse von Thyssen-Krupp und der Salzgitter AG ab.

Inzwischen ist auch Deutschlands obersten Standortschützer Sigmar Gabriel (SPD) aufgewacht. In einem Brief vom 5. Februar forderte der Bundeswirtschaftsminister die EU-Kommission gemeinsam mit sechs europäischen Amtskollegen zum Handeln auf. »Die Europäische Union kann nicht passiv bleiben, wenn wachsende Arbeitsplatzverluste und Schließungen von Stahlwerken zeigen, dass es eine erhebliche und drohende Gefahr eines Zusammenbruchs des europäischen Stahlsektors gibt«, heißt es in dem Schreiben, aus dem gestern das *Handelsblatt* zitierte. Laufende Antidumpingverfahren, in denen untersucht wird, ob Produkte aus China und Russland zu einem unrealistisch niedrigen Preis auf den europäischen Markt gespült werden, müssten schneller vorankommen. Auch gegen mutmaßliche unerlaubte Subventionen für die Stahlindustrie in Drittländern müsse die EU entschiedener vorgehen.

Für den Fall, dass China als Marktwirtschaft anerkannt wird, liegen bereits Vorschläge auf dem Tisch. Für den EU-Abgeordneten Jo Leinen (SPD) müsse es dann einen »gleichwertigen Ersatz für die Antidumpingzölle geben«. Peking könnte der Status gewährt werden, aber heikle Branchen wie Stahl, Textilien oder Keramik müssten ausgenommen bleiben, gaben ihn Ende Januar die *Stuttgarter Nachrichten* wieder. Alternativ könnten der EU-Kommission weitreichende exekutive Freiheiten zur Verhängung anderer Abwehrmaßnahmen eingeräumt werden. Das liefe dann wohl auch unter »kein Protektionismus«.

FABIAN BIMMER/REUTERS

Heißer Job in Niedersachsen: Stahlkocher der Salzgitter AG am Schmelzofen im Jahr 2012

Bafin macht Bank dicht

Pleitegefahr und zehn Milliarden Euro Schaden? Verdacht auf Steuerhinterziehung bei Finanzinstitut

Bei der Maple Bank in Frankfurt am Main dauern die Ermittlungen wegen des Verdachts der Steuerhinterziehung an. Während das Institut am Montag für den Geschäftsverkehr geschlossen blieb, setzten Staatsanwälte ihre Steuerermittlungen fort. Die Finanzaufsicht Bafin hatte am Wochenende die Schließung der Bank angeordnet, weil ihr wegen einer notwendigen Steuerrückstellung die Überschuldung drohe.

Die Bank bestätigte, dass die Rückstellung in Zusammenhang mit möglicherweise illegalen »Cum-Ex«-Aktiengeschäften aus den Jahren 2006 bis 2010 steht. Auch zahlreiche andere Banken und Einzelpersonen stehen im Verdacht, ähnliche Geschäfte rund um die Dividendentermine von Aktiengesellschaften betrieben zu haben. Dabei soll regelmäßig Kapitalertragsteuer hinterzogen worden sein, so dass insgesamt ein Steuerschaden von rund zehn Milliarden Euro entstanden sein könnte.

Das Finanzinstitut kann nach deutschem Recht nicht direkt beschuldigt werden, wohl aber verantwortliche Manager als Einzelpersonen. Im September vergangenen Jahres hatte es in dem Fall eine bundesweite Großrazzia gegeben. Als Beschuldigte führen die Ermittler elf ehemalige oder aktuelle Beschäftigte der Niederlassung. Sie hatte zuletzt 2014 ein Eigenkapital von 378 Millionen Euro ausgewiesen. Die Maple Bank GmbH ist dem Finanzkonzern Maple (»Ahorn«) Financial Group im kanadischen Toronto zuzurechnen. Die Bankschließung soll nach Angaben der Bafin dazu dienen, die Vermögenswerte der Bank in einem geordneten Verfahren zu sichern. Die Kundeneinlagen von rund 2,6 Milliarden Euro seien über verschiedene Systeme abgesichert.

Bei den Steuerdeals werden Aktien mit (cum) und ohne (ex) Dividendenanspruch rund um den Dividendenstichtag eines Unternehmens rasch zwischen mehreren Beteiligten hin- und hergeschoben. Bescheinigungen über Kapitalertragsteuer ließen sich die Beteiligten mehrfach ausstellen – obwohl diese nur einmal gezahlt wurde. Das Bundesfinanzministerium hat dieses Schlupfloch 2012 nach Milliardenausfällen geschlossen. (dpa/jW)

Spammails mehr als verdoppelt

Berlin. Das Spamaufkommen hat sich im vergangenen Jahr mehr als verdoppelt, wie eine Auswertung der größten deutschen Mailanbieter GMX und Web.de ergab. Die Spamfilter der beiden Anbieter, Tochterfirmen des Internetkonzerns 1 & 1, erkannten 2015 im Schnitt 105,9 Millionen Spammails pro Tag. Fast jeder zweite Deutsche (48 Prozent) wurde zudem laut einer Umfrage im Auftrag der Telekom schon einmal Opfer von Internetkriminellen. Demnach kamen 45 Prozent bereits in Kontakt mit sogenannter Malware, also Viren, trojanischen Pferden oder Computerwürmern. Acht Prozent sammelten Erfahrungen mit Phishingdelikten, bei denen Zugangsdaten erschlichen werden, vier Prozent waren von einem Identitätsdiebstahl betroffen. »Grundsätzlich sollte man bei der Weitergabe persönlicher Daten im Internet sehr zurückhaltend sein«, erklärte Jochen Beck von der Telekom-Computerhilfe. (AFP/jW)

Zika-Ansteckungsgefahr durch Blutspende gering

Berlin. Die Gefahr, sich über Blutspenden mit Zika-Viren zu infizieren, ist in Deutschland äußerst gering. Die Ausbreitungsgebiete der Zika-Epidemie seien fast deckungsgleich mit denen von Malaria, erklärte die Sprecherin des Paul-Ehrlich-Instituts (PEI), Susanne Stöcker, am Montag im hessischen Langen. Wer aus einer betroffenen Region zurückkomme, dürfe ohnehin sechs Monate lang kein Blut spenden. (dpa/jW)

Jugendmedienschützer warnen vor Onlinehetze

Hannover. Vor einer zunehmenden Hetze gegen Flüchtlinge im Internet hat der Vorsitzende der Kommission für Jugendmedienschutz (KJM), Andreas Fischer, gewarnt. In den vergangenen Monaten habe die KJM eine Zunahme rassistischer Äußerungen im Netz festgestellt und gehe als zuständige Aufsicht dagegen vor, sagte Fischer in Hannover. Anlässlich des Safer Internet Day am Dienstag rief er dazu auf, der KJM oder der von den Medienanstalten der Länder betriebenen Plattform Jugendschutz.net derartige Einträge zu melden. (dpa/jW)

Drei Wochen lang:

Gratis lesen!*

***Und hier das Kleingedruckte:**
Kostenlos! Unverbindlich!
Endet automatisch!
Muss nicht abbestellt werden!
Einfach zum *jW*-Kennenlernen!

Hier bestellen!

Ja, ich will die Tageszeitung *junge Welt* drei Wochen kostenlos lesen.

Das Abo endet automatisch. Belieferung in die Schweiz und Österreich zu gleichen Konditionen, aber für zwei Wochen.

Frau Herr

Vorname

Name

Straße/Nr.

PLZ/Ort

Telefon

E-Mail

Ja, ich bin damit einverstanden, dass Sie mich zwecks einer Leserbefragung zur Qualität der Zeitung, der Zustellung und zur Fortführung des Abonnements kontaktieren. Der Verlag garantiert, dass die Daten ausschließlich zur Kundenbetreuung genutzt werden. Das Einverständnis kann ich jederzeit widerrufen (per E-Mail: abo@jungewelt.de oder per Post: Verlag 8. Mai GmbH, Aboservice, Torstraße 6, 10119 Berlin).
Dies bestätige ich mit meiner Unterschrift.

Datum/Unterschrift

Die Belieferung beginnt ab dem nächstmöglichen Montag oder ab Montag, den 2016

Coupon einsenden an:
Verlag 8. Mai GmbH, Torstr. 6, 10119 Berlin, oder faxen an die 0 30/53 63 55-48.

**Sie können das Probeabo auch bestellen unter www.jungewelt.de/probeabo
Abotelefon: 0 30/53 63 55-50**

Millionen für den Umsturz

US-Regierung setzt Finanzierung von »Nichtregierungsorganisationen« zur Destabilisierung Kubas fort.

Von Volker Hermsdorf, Havanna

ALEXANDRE MENEGHINI/REUTERS

Zentrales Anliegen der US-Außenpolitik: »Change« am Malecón durch »Förderung von Freiheit und Demokratie«

Die US-Regierung und von ihr finanzierte »Nichtregierungsorganisationen« (NGO) haben seit Jahresbeginn Millionenbeträge für neue Programme zur Beförderung eines Systemwechsels in Kuba bereitgestellt. Damit intensiviert Washington seine Aktivitäten zur Destabilisierung der Regierung in Havanna und konterkariert den begonnenen Normalisierungsprozess zwischen beiden Ländern. Formal werden die auf den ersten Blick harmlos erscheinenden Projekte als Programme zur »humanitären Hilfe«, für den »Jugend- und Studentenaustausch« oder gar zur Stärkung des »Zivil- und Arbeitsrechts« ausgeschrieben. Im Januar wurden unter anderem Stipendien der NGO »World Learning« mit Sitz in Washington für junge Kubaner sowie zwei millionenschwere Programme des US-Außenministeriums und der US-Behörde USAID angekündigt.

Die US-Entwicklungshilfebehörde USAID stellte am 21. Januar eine Summe von sechs Millionen Dollar für Gruppen zur Verfügung, die »humanitäre Unterstützung für politische Häftlinge und deren Familien sowie für politisch ausgegrenzte Personen und Gruppen in Kuba« organisieren. Der US-Journalist Tracey Eaton veröffentlichte einen Tag später in seinem Blog »Along the Malecón« Details. Danach stellt USAID den Vertragspartnern in den nächsten drei Jahren jeweils Beträge zwischen 500.000 und zwei Millionen Dollar zur Verfügung. Die Bewerbungsfrist interessierter NGOs und Organisationen endet am 25. Februar. Bis dahin können sie Projekte einreichen, die den Zielen des von Eaton dokumentierten USAID-Programms entsprechen. Dazu gehören neben der »moralischen, finanziellen und materiellen Unterstützung« von Systemgegnern auch die »Organisierung und Stärkung« von »Netzwerken außerhalb Havannas«. Die »US-Hilfsprogramme« verfolgten das Ziel, heißt es in der Ausschreibung, »unabhängige zivilgesellschaftliche Gruppen« zu stärken, darunter »Berufsverbände und gewerkschaftliche Zusammenschlüsse«.

Die im November 1961 unter Präsident John F. Kennedy gegründete Agentur USAID hat formal zwar nur den Auftrag, die Aktivitäten der US-Außenpolitik im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit zu koordinieren. Tatsächlich ist die Behörde aber seit Jahrzehnten weltweit subversiv tätig. Unter anderem schickte USAID den Ende 2014 freigelassenen US-Spion Alan Gross nach Kuba, heuerte lateinamerikanische Jugendliche an, um unter dem Deckmantel angeblicher Aids-Hilfsprogramme Systemgegner auf der Insel zu rekrutieren, und versuchte mit Hilfe der Twitterkopie »Zun Zuneo« einen »arabischen Frühling« in Kuba herbeizuführen. Nachdem sogar US-Medien wie die *New York Times* die USAID-Geheimmissionen in Kuba kritisiert hatten, trat die Behörde im letzten Jahr erst einmal etwas kürzer. Mit ihrem neuen Sechs-Millionen-Dollar-Programm für Kubas Systemgegner wurde sie von der Obama-Administration jetzt offenbar reaktiviert.

Über ein weiteres aktuelles Subversionsprogramm hatte Eaton bereits am 8. Januar in seinem Blog informiert. Das direkt zum US-Außenministerium gehörende »Büro für Demokratie, Menschenrechte und Arbeit« (DRL) stellt in einer Ausschreibung die Gesamtsumme von 5,6 Millionen Dollar für Projekte in Kuba zur Verfügung. Das DRL forderte interessierte NGOs zum Einreichen von Konzepten auf. Als Aufgabenschwerpunkt wird die »organisatorische Unterstützung der kubanischen Zivilgesellschaft« definiert. Insbesondere gefordert sind Konzepte zur »strategischen Planung«, zum Aufbau von »unabhängigen gewerkschaftlichen und politischen Strukturen« sowie Initiativen zur »Ermutigung« von Teilen der »marginalisierten Bevölkerung«, sich an Aktionen zu beteiligen. »Zentrale Anliegen der US-Außenpolitik«, heißt es auf der Homepage des State Department über die DRL-Programme, seien die weltweite »Förderung von Freiheit und Demokratie und der Schutz der Menschenrechte«.

Diesen Zielen fühlt sich auch ein scheinbar attraktives und harmloses Angebot der Washingtoner NGO »World Learning« für kubanische Jugendliche verpflichtet. Die Organisation verspricht Mittel- und Oberstufenschülern von der Insel für den Sommer ein vierwöchiges »Stipendium« in den USA. In »informativen Veranstaltungen« würden sie unter anderem lernen, »öffentlich aufzutreten«, in »Teams zu arbeiten«, »Verhandlungen zu führen, Konflikte zu lösen und Einigkeit herzustellen« sowie »die eigenen Rechte zu verteidigen«. Während ihres Trainings, für das Interessierte sich bis zum 1. März bewerben können, würden die Stipendiaten von speziell dafür ausgebildetem Personal betreut, heißt es auf der Homepage von »World Leading«. Die NGO ist Nachfolger der »Delphi International Group«, deren weltweite Trainingsprogramme unter anderem von der USAID und dem US-Dienst NED mit Millionen Dollar finanziert werden. Ende der 1980er Jahre war die Organisation in Nicaragua tätig und am Wahlerfolg des dortigen rechten antisandinistischen Bündnisses im Februar 1990 beteiligt.

Vorbereitung zum Personalwechsel

Algerien: Parlament verabschiedet neue Verfassung. Amtszeit des Präsidenten beschränkt

Mit überwältigender Mehrheit haben Algeriens Parlamentskammern am Sonntag eine lange angekündigte Verfassungsänderung angenommen. Hochrangige Regierungsvertreter stimmten Lobgesänge auf das neue Grundgesetz an, die Opposition war der Abstimmung ferngeblieben. Kritiker bezeichneten den Verfassungstext als »kosmetische Reform«, denn die politische Macht bleibt in den Händen des Staatschefs konzentriert. Der gesundheitlich angeschlagene Präsident und Vorsitzende der Regierungspartei Nationale Befreiungsfront (FLN), Abdelaziz Bouteflika, versprach bereits kurz nach Beginn des »arabischen Frühlings« 2011 erstmals eine Verfassungsrevision, doch regimeinterne Machtkämpfe verhinderten eine zügige Umsetzung der Initiative.

Während der seit 1999 amtierende Bouteflika der parlamentarischen Sondersitzung fernblieb, stellte Premierminister Abdelmalek Sellal den modifizierten Text offiziell dem Plenum vor und bezeichnete diesen als »Krönung der demokratischen Reformen« im Land. Bouteflika prophezeite Algerien der staatlichen Nachrichtenagentur *APS* zufolge eine »demokratische Erneuerung«. Die Abstimmung von Nationaler Volksversammlung und Nationalrat, der beiden Kammern des algerischen Parlaments, verlief »ohne Debatte und ohne Überraschungen«, wie die Internetausgabe der Zeitung *Jeune Afrique* sarkastisch anmerkte. Von den 517 anwesenden Stimmberechtigten votierten 499 für Bouteflikas Initiative. Bei 16 Enthaltungen gab es lediglich zwei Gegenstimmen.

Wesentlicher Grund für das klare Ergebnis war die fast vollständige Abwesenheit der Opposition. Die islamistische Grüne Allianz, die Front der Sozialistischen Kräfte (FFS) und einige weitere Oppositionsparteien hatten die Sitzung boykottiert. Youcef Khababa, Abgeordneter der Grünen Allianz, bezeichnete die Verfassungsänderung in der Tageszeitung *Al-Watan* als »neue Strategie zur Bewahrung des Status quo«. Die trotzkistische Arbeiterpartei (PT) präsentierte sich unterdessen uneins, nahm jedoch an der Abstimmung teil. Obwohl die Partei unter Führung ihrer langjährigen Chefin Louisa Hanoune der FLN nahesteht, enthielten sich mehrere ihrer Abgeordneten.

Zu den wichtigsten Neuerungen gehört die Rücknahme einer Verfassungsänderung von 2008, die es Bouteflika erlaubt hatte, im Folgejahr für eine dritte und 2014 gar für eine vierte Amtszeit zu kandidieren. Die am Sonntag verabschiedete Verfassung beschränkt die Amtszeit des Staatspräsidenten auf maximal zwei Amtsperioden. Damit ist für Bouteflika 2019 definitiv Schluss. Seit einem Schlaganfall im Jahr 2013, nach dem der Präsident mehrfach wochenlang zu Behandlungen in Frankreich weilte, sind ohnehin bereits Gerüchte im Umlauf, denen zufolge der 78jährige nicht mehr regierungsfähig ist. Offizielle Termine nimmt Bouteflika nur in Ausnahmefällen wahr.

Zu den Verfassungsänderungen gehört weiterhin die Schaffung einer unabhängigen Wahlkommission, die jedoch nur mit eingeschränkten Befugnissen ausgestattet wird. Das Innen- und Justizministerium behalten die Hoheit über die Abhaltung und Kontrolle von Wahlgängen. Derweil wird die Verfassungsänderung gemeinhin als letzter institutioneller Schritt zur Vorbereitung einer Nachfolgeregelung im Präsidentenpalast interpretiert. Wer das Rennen machen könnte, ist aber noch unklar.

Sofian Philip Naceur, Kairo

Wem gehört die Krim?

Die Blockierer der Halbinsel sind uneins und machen die Rechnung ohnehin ohne den russischen Wirt. **Von Reinhard Lauterbach**

Nach Angaben der Aufklärung der »Volksrepublik Donezk« sind auf ukrainischer Seite der Front inzwischen Kämpfer des »Islamischen Staats« (IS) im Einsatz. Eduard Basurin vom Stab der Volksmiliz erklärte am Montag, Anwohner auf der ukrainischen Seite hätten Jeeps beobachtet, die mit arabisch beschrifteten schwarzen Fahnen ausgestattet gewesen seien. Die Insassen hätten arabisch gesprochen.

Dass im ukrainischen Bürgerkrieg auch muslimische Kämpfer aktiv sind, ist im Prinzip nichts Neues. So kämpfen auf beiden Seiten Tschetschenen, die einen mit dem Segen des dortigen Republikchefs Ramsan Kadyrow als Freiwillige auf seiten der Aufständischen, die anderen im Rahmen eines »Bataillons Dschochar Dudajew«. Im letzten Sommer hat auch das US-Verteidigungsministerium in gewundenen Worten zugegeben, dass in den ukrainischen Freiwilligenbataillonen auch Islamisten kämpfen könnten. Die USA seien deshalb mit der Ukraine »im Gespräch« über die Zusammensetzung der Bataillone. Zuletzt scheint ein weiterer Sponsor islamischer Einheiten hinzugekommen zu sein: die Türkei. Sie hat Ende Dezember Meldungen dementiert, sie rüste ein in der Aufstellung befindliches Krimtataren-Bataillon aus.

Tatsache ist jedenfalls, dass das tatarische Bataillon derzeit aufgestellt wird und im Moment etwa die Hälfte seiner Sollstärke erreicht hat. Hauptfinanzier ist – zumindest in der Außendarstellung – ein krimtatarischer Geschäftsmann namens Lenur Islamow. Er hat beim Seitenwechsel der Krim eine Ladenkette verloren, aber anscheinend immer noch Geld genug, um die Truppe zu unterstützen. Der Stationierungsort ist im Gebiet Cherson dicht an der Grenze zur Krim. Dort betätigen sich krimtatarische und ukrainische Bewaffnete seit Monaten als Blockierer der Landzugänge und als Strommastsäger. Sie rühmen sich, den »Waren- und Gasschmuggel« auf die Halbinsel unterbunden zu haben, schädigen dabei allerdings auch grenznahe Orte auf eigener Seite. So wandte sich vor einigen Wochen der Bürgermeister einer Ortschaft an die Behörden und bat um »humanitäre« Gaslieferungen, damit die Bewohner nicht frieren müssten. Die Sabotage der Strom- und Gaslieferungen hatte die Versorgung lahmgelegt. Als Russland mit entsprechender medialer Begleitung die Versorgung des ukrainischen Dorfes aufnahm, bekam der Bürgermeister prompt ein Ermittlungsverfahren wegen verbotener Feindkontakte an den Hals.

Unterdessen zeichnet sich ab, dass die Aktionseinheit der ukrainischen Faschisten vom Bataillon »Asow« mit den tatarischen Milizen bröckelt. Letztere haben nämlich die Parole aufgestellt, sie kämpften für eine »tatarische Krim«, während die Ukrainer eine »ukrainische Krim« wollen. Der Unterschied ist der angestrebte Status der verschiedenen Nationalitäten. Während die Tataren beanspruchen, Titular- und damit herrschende Nation zu werden, verlangen die Ukrainer, zumindest den Tataren gleichgestellt zu werden. Auf die russische Bevölkerungsmehrheit wollen allerdings beide Seiten keine besondere Rücksicht nehmen.

Aus diesem Grund sind unter den Krimbewohnern die Befürworter einer Rückkehr in die Ukraine weiterhin in der deutlichen Minderheit. Umfragen haben ergeben, dass die ukrainische Stromblockade die Haltung der Menschen noch verstärkt hat, sich jetzt endgültig von Kiew loszusagen. Die Lebensmittel- und Benzinpreise auf der Krim sind zwar höher als in der Ukraine und auch als auf dem russischen Festland. Aber die Stromversorgung ist inzwischen durch Notstromaggregate und eine erste Unterwasserleitung unter der Meerenge von Kertsch halbwegs wiederhergestellt. In der vergangenen Woche hat die Regierung der Krim zudem ein großes Hotel im Badeort Foros nahe Sewastopol enteignet, das sich bei der Privatisierung der ukrainische Oligarch Igor Kolomojskij gesichert hatte. Der Verkaufserlös soll zur Entschädigung der Sparer verwendet werden, die bei Kolomojskijs »Priwat-Bank« Konten hatten. Freilich ist noch nicht klar, wer den 15 Stockwerke hohen Kasten kaufen soll und wann das versprochene Geld fließen wird.

PAVEL REBROV/REUTERS

Mit Gott und Russland: Anhänger der orthodoxen Kirche feiern am 19. Januar mit Nationalflaggen die Taufe Jesu bei einem Bad im Schwarzen Meer bei Jewpatorija

Renzi baut auf Mitte-links-Block

Italien: Partito Democratico will Bündnisse für Bürgermeisterwahlen schmieden

Bei einer Primarie, einer Vorwahl nach US-amerikanischem Vorbild, haben der sozialdemokratische Partito Democratico (PD), die Partei Linke und Umwelt (SEL) und andere Mitte-links-Gruppen am Wochenende einen gemeinsamen Kandidaten für die Bürgermeisterwahl in Mailand Mitte Juni gekürt. Unter vier Bewerbern konnte sich PD-Kandidat Giuseppe Sala mit 42 Prozent der abgegebenen 60.900 Stimmen durchsetzen. Der Wirtschaftsmanager, 2015 Direktor der Weltausstellung Expo in Mailand, hat gute Kontakte zum Industriellenverband Confindustria und wurde von PD- und Regierungschef Matteo Renzi favorisiert, da er auch für rechte Wähler akzeptabel sein könnte.

Stadtoberhaupt der Industriemetropole ist derzeit der parteilose Jurist Giuliano Pisapia, der viele Jahre auf der Liste der Rifondazione Comunista (PRC), der Nachfolgepartei der Italienischen Kommunistischen Partei (IKP), ins Parlament gewählt wurde. 2011 gewann er gegen die faschistoide Forza Italia (FI) Berlusconis die Wahl. Pisapia kandidierte nicht wieder, weil er sich für die derzeit erörterte Neugründung einer Linkspartei Sinistra Italiana (SI) zur Verfügung halten will. Der Amtsinhaber unterstützte statt dessen seine Stellvertreterin Francesca Balzani von der SEL, die auf 34 Prozent kam. Die der PD nahestehende Tageszeitung *La Repubblica* gab am Montag vor, es müsse nun darum gehen, »die Rechte zu schlagen«. Balzani zitierte das Blatt mit der Forderung, das Wahlprogramm der neuen Stadtverwaltung müsse einen »klaren linken Kurs« vorgeben.

Von April bis Juni werden in einem Großteil der über 8.000 Gemeinden Italiens, darunter in Rom, Neapel, Turin und Bologna, die Stadtparlamente und mit ihnen die Bürgermeister direkt gewählt. Im Vorfeld deutet alles auf ein Kräftemessen zwischen dem Mitte-links-Lager und dem extrem rechten Block hin, an dessen Spitze an Stelle des abgewirtschafteten Expremiers Silvio Berlusconi der Führer der rassistischen Lega Nord, Matteo Salvini, getreten ist. Die Rechten hatten auf nationaler Ebene bei den EU-Wahlen 2014 zwar nur noch 22 Prozent der Stimmen bekommen und liegen in aktuellen Prognosen noch darunter. Doch nicht nur in den großen Städten wie Mailand oder Turin, sondern auch auf dem Lande erhalten sie derzeit mit ihrer flüchtlingsfeindlichen Linie und dem Schüren von Hass auf Ausländer viel Zulauf – aus der Mittelschicht und auch aus der Arbeiterschaft. Seine Forderung, die reichen Nordregionen Italiens vom Zentralstaat abzuspalten, hat Salvini inzwischen ad acta gelegt. Seitdem fasst seine Partei auch im Süden Fuß, zumal der Lega-Nord-Führer demagogisch verkündete, Ausgaben für Flüchtlinge sollten lieber den dortigen Italienern zugute kommen.

Noch ist nicht entschieden, ob es überall gelingen wird, eine Mitte-links-Koalition für eine gemeinsame Kandidatur zu bilden. Renzi, der sich während der Primarie persönlich zu Wort meldete, erinnerte an die Kandidatur zweier konkurrierender linker Bewerber bei den Regionalwahlen vergangenes Jahr in Ligurien, was der FI zum Sieg verholfen habe. Wie die Nachrichtenagentur *ANSA* berichtete, betonte er die linke Ausrichtung seiner PD und erteilte deren vorher von ihm selbst ins Spiel gebrachten Umwandlung in eine »Partei der Nation« nun eine deutliche Absage. Das sei »eine absurde Debatte über ein Trugbild«. Mit einigen sozialen Zugeständnissen hält der Premier die Proteste der PD-Linken und Gewerkschaften im Zaum. Den Ärmsten soll ein Mindesteinkommen von 320 Euro monatlich gesichert werden. Die Immobiliensteuer auf die erste Wohnung mit Ausnahme von Luxuswohnungen wird abgeschafft. Das betrifft dreiviertel der Bevölkerung, die Wohneigentum hat. Auf eine Erhöhung der Mehrwertsteuer von derzeit 22 Prozent wurde verzichtet.

Gerhard Feldbauer

Kein Präsident in Port-au-Prince

Port-au-Prince. Obwohl kein Nachfolger gewählt wurde, hat Haitis Präsident Michel Martelly am Sonntag sein Amt aufgegeben. Die zweite Runde der Präsidentenwahl war nach zweimaliger Verschiebung auf unbestimmte Zeit vertagt worden. In der ersten Runde am 25. Oktober hatte der Kandidat der Regierung, Jovenel Moise, mit 32,7 Prozent der Stimmen den ersten Platz erreicht. Der Oppositionskandidat Jude Célestin, der mit 25,3 Prozent zweiter wurde, warf der Regierung aber Wahlfälschung vor und sprach von einer »lächerlichen Farce«. Die ursprünglich für den 27. Dezember geplante Stichwahl wurde zunächst auf den 24. Januar verschoben, dann aber mangels Einigung mit der Opposition ganz vertagt. Martelly musste gemäß der Verfassung am Sonntag abtreten, auch wenn kein Nachfolger bereitsteht. **(AFP/jW)**

Iran nimmt an Münchner Syrien-Gesprächen teil

Teheran. Der Iran hat seine Teilnahme an den Syrien-Gesprächen am 11. Februar in München bestätigt. Außenminister Mohammed Dschawad Sarif werde an dem Treffen teilnehmen, sagte Außenamtssprecher Dschaber Ansari am Montag. Die Gespräche im »Wiener Format« unter Beteiligung der USA, Russlands, Saudi-Arabiens und anderer Staaten finden im Vorfeld der »Münchner Sicherheitskonferenz« statt. **(dpa/jW)**

Netanjahu will Abgeordnete feuern

Jerusalem. Israels Ministerpräsident Benjamin Netanjahu will illoyale Abgeordnete künftig aus dem Parlament verbannen lassen. Wie sein Büro am Montag bestätigte, wurde am Vortag bei einem Treffen der Koalitionsspitzen »vereinbart, ein Gesetz einzubringen, das den Ausschluss von Parlamentsabgeordneten wegen ungebührlichen Verhaltens ermöglicht«. Anlass ist ein Treffen von drei arabischen Knesset-Mitgliedern mit Hinterbliebenen von Palästinensern, die vom israelischen Militär erschossen wurden. **(AFP/jW)**

24 Flüchtlinge in Ägäis ertrunken

Athen. Bei stürmischen Winden wurden am Wochenende in der Ägäis 573 Migranten aus den Fluten gerettet. Dies teilte die griechische Küstenwache am Montag mit. Es sei »großes Glück« gewesen, dass niemand ertrunken sei, sagte ein Offizier der Küstenwache *dpa* am Montag. Bei einem Bootsunglück vor der türkischen Küste sind Medienberichten zufolge 24 Flüchtlinge ertrunken. Nach Angaben der Nachrichtenagentur *Dogan* starben 22 Menschen, als ihr Boot in der Ägäis sank. Bei einem weiteren Unglück starben nach Angaben örtlicher Medien elf Flüchtlinge.

(dpa/AFP/jW)

Türkisch-deutscher Interessenausgleich

Omertà

Gastkommentar von Ulla Jelpke

Die deutsche Bundeskanzlerin zeigte sich auf einer Pressekonferenz mit dem türkischen Ministerpräsidenten Ahmet Davutoglu in Ankara »erschrokken und entsetzt« angesichts zahlreicher aus der syrischen Stadt Aleppo zur türkischen Grenze fliehender Menschen. »Diese Aggression muss so schnell wie möglich eingestellt werden«, forderte sie. Damit meinte Merkel nicht etwa die von der Türkei unterstützten islamistischen Terrororganisationen Al-Nusra und Ahrar Al-Scham, sondern die russische Luftwaffe, die in den vergangenen Tagen verstärkt Angriffe auf die Dschihadisten fliegt. Russland verstoße gegen eine UN-Resolution, die sich gegen Angriffe auf die Zivilbevölkerung richte, so Merkel.

Eine Massenflucht gibt es auch innerhalb der Türkei. Hier fliehen Hunderttausende Einwohner kurdischer Städte vor dem Beschuss von Wohngebieten durch Panzer und Artillerie. Erst am Vorabend des Kanzlerinnenbesuchs begingen Soldaten in der belagerten Stadt Cizre ein Massaker an Dutzenden verwundeten Zivilisten, die in einem Keller Schutz gesucht hatten.

Doch das mörderische Vorgehen der türkischen »Sicherheitskräfte« dürfte ebensowenig Thema des Staatsbesuches sein wie die Anklage gegen die beiden inhaftierten Journalisten Can Dündar und Erdem Gül. Diesen droht lebenslange Haft, weil sie Waffenlieferungen des türkischen Geheimdienstes an islamistische Terrorgruppen in Syrien dokumentiert hatten. Nicht zuletzt solche Enthüllungen machen deutlich: Der NATO-Staat Türkei kann kein Partner in der Flüchtlingsfrage sein, er ist vielmehr mitverantwortlich für Flucht und Vertreibung in Syrien.

Kurdische Verbände hatten 2015 gewarnt, der Preis der von der EU geforderten Flüchtlingsabwehr bestände nicht nur in drei Milliarden Euro für die Türkei, sondern auch im Schweigen zu schweren Menschenrechtsverletzungen des Erdogan-Regimes. Dass dem in der Tat so ist, hat Bundesinnenminister Thomas de Maizière mit erschütternder Ehrlichkeit eingestanden. »Alle, die uns jetzt sagen, man muss die Türkei von morgens bis abends kritisieren, denen rate ich, das nicht fortzusetzen. Wir haben Interessen. Die Türkei hat Interessen. Das ist ein wichtiger Punkt«, erklärte der Minister vergangene Woche gegenüber dem *ARD*-Magazin »Monitor«. »Natürlich gibt es in der Türkei Dinge, die wir zu kritisieren haben. Aber die Türkei, wenn wir von ihr etwas wollen, wie, dass sie die illegale Migration unterbindet, dann muss man auch Verständnis dafür haben, dass es im Zuge des Interessensausgleichs auch Gegenleistungen gibt.«

Was de Maizière hier in der Sprache des Diplomaten mit »Interessensausgleich« umschreibt, heißt bei der Mafia schlicht Omertà und bezeichnet die Schweigepflicht von Mitgliedern einer kriminellen Vereinigung. Und kriminell ist es, wenn Menschenrechte – der Flüchtlinge ebenso wie der Kurden – zur Verhandlungsmasse werden.

■ Ulla Jelpke ist innenpolitische Sprecherin der Fraktion Die Linke im Bundestag

»Es sind Geschichten, die in der Schule nicht erzählt werden«

Verein unternimmt Studienreisen mit Jugendlichen, die sich gegen Rassismus und Faschismus engagieren. **Gespräch mit Anika Taschke**

Sie sind Geschäftsführerin von »Zivilcourage vereint«. Welche Ziele verfolgt der Verein?

Er wurde von unserer Vorsitzenden Gesine Lötzsch, Bundestagsabgeordnete für Die Linke, ins Leben gerufen, um jungen Menschen für ihr tägliches Engagement im Bereich Antirassismus, Toleranz und Antifaschismus zu danken. Deshalb schreiben wir unter anderem seit mehr als zehn Jahren einen Wettbewerb aus, bei dem sich junge Menschen mit ihren Projekten bewerben können. Preis ist eine Studienreise auf den Spuren des antifaschistischen Widerstandes.

JOACHIM SEINFELD

Anika Taschke ist Geschäftsführerin des Vereins »Zivilcourage vereint«

Was hat Sie bei dieser Arbeit am stärksten bewegt?

2013 reisten wir nach Reggio Emilia. 1944 verübten Truppen der SS dort Massaker. Es sind Geschichten, die in der Schule nicht erzählt werden. Obwohl ich mich viel mit der Nazizeit auseinandergesetzt hatte, wurde ich hier doch sehr von den Ereignissen überrascht. Wir trafen verschiedene Zeitzeugen, die unserer Jugendgruppe gegenüber sehr aufgeschlossen waren und alle unsere Fragen beantworteten.

Welche Fragen stellen die jungen Menschen heutzutage?

Es ist sehr unterschiedlich und kommt auf den Ort an, an den wir reisen. 2014 in Frankreich fuhren wir in Begleitung von Beate Klarsfeld nach Oradour-sur-Glane und trafen einen der letzten Überlebenden des Massakers vom Juni 1944. Eine Teilnehmerin fragte ihn, wie es sei, eine Gruppe Deutscher durch das Dorf zu führen. Er antwortete, dass wir alle Menschen seien und er niemanden hassen könne. Er hofft nur, dass so etwas in Europa und der Welt nie wieder passieren wird.

Sie kommen als Organisatorin dieser Studienreisen den Teilnehmern sehr nah. Welche Momente motivieren Sie dabei?

2015 zum Beispiel fuhren wir nach Belgrad und Zagreb. Wir hatten zwei Teilnehmerinnen aus Nauen dabei. Eines Morgens berichteten ihnen Freunde, dass in ihrer Heimatstadt eine Turnhalle angezündet worden war, in die Geflüchtete einziehen sollten. Erst überlegten die beiden abzureisen, entschieden sich dann aber, von Belgrad aus mitzuhelfen, Menschen für eine Kundgebung zu organisieren und Pressetermine zu vereinbaren. Es war spannend, sie in diesen sehr konkreten Aktivitäten zu erleben.

Inwiefern beeinflussen die aktuellen Geschehnisse in der Flüchtlingspolitik Ihr Projekt?

In Belgrad waren wir im vergangenen Sommer – bevor Grenzzäune gezogen wurden. Hunderte Menschen warteten am Bahnhof, um weiterreisen zu können. Die Situation war trotzdem noch ruhig. Obwohl die steigende Zahl der Geflüchteten unseren unmittelbaren persönlichen Alltag kaum berührt, gibt es sehr viele junge Menschen, die täglich für diese Menschen da sind. Mir scheint, es gibt einen Wandel der Projekte, die sich bei uns bewerben. Der Fokus liegt viel mehr auf den heutigen Geschehnissen. Doch es gibt auch weiterhin sehr viele junge Menschen, die sich mit der Vergangenheit und oft mit ihrer eigenen Familiengeschichte auseinandersetzen.

Wohin führt die Studienreise in diesem Jahr?

Wir werden im Juni nach Katalonien fahren. Wir möchten auf den Spuren der Internationalen Brigaden wandern, deren 80. Jahrestag wir in diesem Jahr begehen. Neben der historischen Perspektive wollen wir aber auch immer die aktuellen politischen Geschehnisse thematisieren. So versuchen wir etwa, ein Gespräch mit der Bürgermeisterin von Barcelona zu organisieren.

Bis wann kann man sich bewerben?

Einsendeschluss ist der 6. April. In den vergangenen Jahren wurden vor allem Gedichte, Zeitzeugeninterviews, Stolpersteinprojekte oder Schulprojekttage zum Thema Flucht eingereicht. Wir hatten aber auch schon Hip-Hop-Songs, Kurzfilme und Fotoausstellungen zu den verschiedenen Themen.

Wie finanzieren Sie Ihr Projekt?

Finanziert werden wir durch Spenden. Zum größten Teil werden wir durch die Linksfraktion im Bundestag unterstützt. Hier engagieren sich mehrere Abgeordnete, wie die gesamte Landesgruppe Brandenburg in unserem Verein. Zudem bekommen wir viele private Spenden. Ein weiterer Hauptsponsor sind die Brüder Melis, deren Eltern in der Résistance waren.

Interview: Markus Bernhardt

■ www.zivilcouragevereint.de

Mausrutscher des Tages

Beatrix von Storch

JULIAN STRATENSCHULTE/DPA

Wenn es eng wird, neigt die politische Klasse zur Selbstidiotisierung. In der Plagiatsaffäre um seine Doktorarbeit erklärte der damalige Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) im Februar 2011, er habe »den Überblick über die Quellen verloren«. Seither wird Ladendiebstahl satirisch mit »schlampig einkaufen« umschrieben. Andere beriefen sich in Untersuchungsausschüssen auf unglaubliche Erinnerungslücken. Fünf Jahre nach dem Freiherren zu Guttenberg führt wieder eine Adelige im Rennen um die dümmste Ausrede: AfD-Vizechefin und Europaparlamentarierin Beatrix von Storch. Ihre Stellungnahme zum Schusswaffengebrauch gegen Flüchtlinge an deutschen Grenzen ist ihr jetzt doch ein bisschen peinlich – sollen doch die Mitglieder der Fraktion »Europäische Konservative und Reformer« (EKR) im EU-Parlament schon über einen Ausschluss der AfD beraten.

Vergangene Woche hatte Beatrix von Storch die Frage eines Facebook-Nutzers, ob sie Frauen mit Kindern mit Waffengewalt am Grenzübertritt hindern wolle, mit »Ja« beantwortet. Der *Spiegel* berichtet nun in seiner neuen Ausgabe unter Berufung auf Parteifreunde, Frau von Storch habe ihre Aussage mit einem »technischen Fehler« zu rechtfertigen versucht. Sie sei auf ihrer Computermaus abgerutscht, heißt es in dem Artikel.

Sie scheint sich dabei sehr schmerzhaft an ihrer Schreibhand verletzt oder einen wichtigen Anruf erhalten zu haben, der sie mindestens 18 Stunden davon abhielt, den Fauxpas zu löschen. 37 AfD-Sympathisanten hatten den Eintrag mit »Gefällt mir« markiert, als ein Screenshot davon angefertigt wurde, der in diversen Onlinemedien zu finden ist.

Bevor ihr Geistesblitz mit dem Ausrutscher auf der Computermaus bekanntwurde, war Beatrix von Storch via Facebook schon halb zurückgerudert: »Gegen Kinder ist der Schusswaffeneinsatz richtigerweise nicht zulässig. Frauen sind anders als Kinder verständig.« (dlw)

Abgeschrieben

■ Am Sonnabend erschien auf dem britischen Internetportal *Middle East Eye* (*MEE*) ein Bericht unter der Schlagzeile »Kerry ›gibt Opposition Schuld‹ für andauernde Syrien-Bombardements«. Die Meldung wurde zwar international von mehreren Medien aufgegriffen, allerdings nicht an prominenter Stelle (siehe z. B. *FAZ* vom 8. Februar, Seite 2). Im *MEE*-Text heißt es:

US-Außenminister John Kerry erklärte gegenüber syrischen Mitarbeitern von Hilfsorganisationen wenige Stunden nach dem Ende der Genfer Friedensgespräche, das Land habe weitere drei Monate Bombardement zu erwarten, was die Opposition »dezimieren« werde.

Während einer Unterhaltung am Rande der Geberkonferenz für Syrien in dieser (der vergangenen, *jW*) Woche in London, gab Kerry dem Vernehmen nach der syrischen Opposition die Schuld am Verlassen der Gespräche und der Wegbereitung für eine gemeinsame Offensive der syrischen Regierung und Russlands gegen Aleppo.

»Er sagte, ›geben Sie die Schuld nicht mir – gehen Sie und geben Sie die Schuld Ihrer Opposition‹«, erklärte einer der Hilfsorganisationsmitarbeiter, der darum bat, zum Schutz seiner Organisation anonym zu bleiben, gegenüber *MEE*.

Kerry hatte gegenüber Journalisten am Freitag erklärt, als bereits Zehntausende Menschen vor dem Bombardement Aleppos durch die syrische Regierung und durch Russland flohen, dass sowohl Russland als auch Iran, ein weiterer Verbündeter Syriens, ihm gesagt hätten, dass sie auf einen Waffenstillstand in Syrien vorbereitet seien.

Er meinte, nach dem Treffen der Internationalen Unterstützergruppe für Syrien – 17 Staaten einschließlich USA und Russland –, das in München in der kommenden Woche (am Donnerstag, dem 11. Februar, *jW*) abgehalten werden soll, werde er wissen, »ob diese Seiten seriös seien oder nicht«.

Aber Kerry ließ die Mitarbeiter der Hilfsorganisationen mit dem deutlichen Eindruck zurück, dass die USA dabei sind, ihre Anstrengungen zur Unterstützung der aufständischen Kämpfer aufzugeben. (…)

Zwei syrische Mitarbeiter von Hilfsorganisationen erzählten, dass sie an Kerry während des Empfangs für die Geberkonferenz herangetreten seien. Sie hätten ihm gesagt, er habe nicht genug getan, um syrische Zivilisten zu schützen. Daraufhin habe er geäußert, sie sollten der Opposition die Schuld geben.

»Er sagte, dass es im Grunde die Opposition war, die nicht verhandeln und keinen Waffenstillstand wollte, und sie sei weggegangen«, erklärte eine zweite Mitarbeiterin der Hilfsorganisationen gegenüber *MEE* in einem separaten Gespräch, ebenfalls auf der Basis von Anonymität.

»Was wollen Sie, dass ich tun soll? In einen Krieg gegen Russland ziehen? Ist es das, was Sie wollen?« sagte ihr Kerry laut den Worten der Mitarbeiterin.

Beide Mitarbeiter erklärten, Kerry haben ihnen gesagt, er erwarte drei Monate Bombardements, und dass während dieser Zeit »die Oppowsition dezimiert werden wird«.

Die zweite Mitarbeiterin der Hilfsorganisationen sagte, Kerry scheine bestenfalls darauf vorbereitet zu sein, Abwürfe von Hilfsgütern über belagerten syrischen Städten anzubieten. Das habe er nach seinen Worten mit Russland diskutiert. (…)

■ Übersetzung aus dem Englischen: Arnold Schölzel

■ Vollständiger Text: www.middleeasteye.net/news/opposition-blame-syrian-bombing-kerry-tells-aid-workers-1808021537

Macht ohne Plan

Krisenmanagement am Nil: Ägyptens Wirtschaft bricht ein, Investoren meiden das Land. Das Militär macht selbst Geschäfte, hat aber keine Idee. **Von Sofian Philip Naceur, Kairo**

ASMAA WAGUIH/REUTERS

Immer präsent im Land am Nil: Staatschef Al-Sisi wacht im Januar als Puppe vor einem Café in Kairo

Fünf Jahre nach Ausbruch der »ägyptischen Revolution« 2011 sieht die krisengeplagte Wirtschaft des Landes immer noch kein Licht am Ende des Tunnels. Anhaltend hohe Erwerbslosigkeit, galoppierende Inflation und ein sicherheitspolitisch fragiles Umfeld machen der Privatwirtschaft ebenso zu schaffen wie der staatlich kontrollierten Industrie. Das Land ist faktisch pleite und konnte sich nur dank großzügiger, politisch motivierter Hilfszahlungen aus den Golfstaaten über Wasser halten. Doch inzwischen fahren Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate ihre fiskalpolitische Unterstützung für Kairo sukzessive zurück. Das stellt Kairo vor neue Herausforderungen. Bislang hat das Regime des autoritär regierenden Präsidenten Abdel Fattah Al-Sisi keine wirksamen Maßnahmen präsentiert, um der am Boden liegenden Wirtschaft neue Impulse zu geben.

Im Gegenteil. Die Regierung setzt auf kurzfristig angelegte Vorkehrungen. Eine tragfähige Idee zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und Inflation existiert nicht. »Das Regime hat weder eine umfassende Strategie zur Entwicklung der Wirtschaft noch eine Vision«, sagt Amr Adli, Wirtschaftswissenschaftler vom Carnegie Middle East Center in Kairo gegenüber *junge Welt*. Die Regierung agiere schlichtweg als Krisenmanager. Die einzig erkennbare konsequent vorangetriebene Methode zur Bewältigung der Wirtschaftskrise ist der Versuch, ausländische Direktinvestition anzulocken. Doch auch dies zielt nicht darauf ab, die Wirtschaft zu entwickeln, sondern ist nur ein Mittel, um Devisenknappheit und Zahlungsbilanzdefizit zu überbrücken, so Adli.

Zwar treibt die Regierung derzeit einige Maßnahmen voran, um die Binnenproduktion vor Billigimporten zu schützen und damit den inländischen Markt zu stimulieren. Doch positive Effekte höherer Importsteuern für die inländischen Produktionsbedingungen bleiben zweifelhaft. Regimenahe politische Kräfte hoffen derweil darauf, dass die Restaurierung der demokratischen Fassade in Ägypten auch der Wirtschaft zugute kommt. »Heute haben wir einen gewählten Präsidenten, eine Verfassung und ein Parlament. Damit sendet Ägypten eine positive Botschaft an die Welt«, sagt Jumna Al-Hamaki gegenüber *jW*. Die Wirtschaftsprofessorin an der Ain-Schams-Universität in Kairo ist ehemaliges Mitglied der 2011 aufgelösten Nationaldemokratischen Partei (NDP) des Exdiktators Hosni Mubarak.

Das neu konstituierte Parlament in Kairo hat im Januar seine Arbeit aufgenommen. Doch von ihm ist wenig Widerstand gegen das Regime des Präsidenten zu erwarten. Das Parlament werde Al-Sisis Wirtschaftsprogramm unterstützen und ihm mehr Zeit einräumen, sagt der Abgeordnete Ahmed Al-Segani. Der Politiker sitzt dem Parlamentsblock der regimetreuen liberalen Al-Wafd-Partei vor. »Die angestoßenen Wirtschaftsreformen brauchen mehr Zeit, um fühlbare Resultate zu erzielen«, betont er auf *jW*-Anfrage.

Doch Zeit hat die Regierung keine mehr. Nach dem Terroranschlag auf ein russisches Passagierflugzeug auf der Sinai-Halbinsel im Oktober 2015 bricht der elementar wichtige Tourismussektor ein – ein unersetzbarer Devisenbringer des Landes, der zudem Millionen Menschen ein Einkommen sichert. Auch vor diesem Hintergrund braucht das Land dringend neue Einnahmequellen. Kein Wunder also, dass Al-Sisi die Diversifizierung ausländischer Investitionen vorantreibt. Doch auch wenn heute Russland und China mit Krediten den zuvor dominanten westlichen Geldgebern Konkurrenz machen, ändert dies wenig daran, dass das Land die Wirtschaftsstruktur diversifizieren muss. Statt dessen begibt man sich erneut in die Fänge der Weltbank und folgt deren »Empfehlungen«.

Ein riesiges Problem ist die Unterordnung sozialer, politischer und auch wirtschaftlicher Fragen unter den Aspekt der nationalen Sicherheit. Das lähmt die Produktivkräfte und schreckt potentielle Geldgeber ab. In diversen Fällen habe die Regierung Gelder von Geschäftsleuten einfrieren lassen, entweder da man sie fälschlicherweise mit der verbotenen Muslimbruderschaft in Verbindung brachte oder aufgrund von Steuerbetrug oder Korruption, erklärt der Unternehmer Walid Khalil im Gespräch mit *jW*. »Das Problem dabei ist nicht, dass gegen Korruption vorgegangen wird, sondern das Erstürmen des Hauses eines Geschäftsmannes durch Soldaten.« Khalil spielt auf einen Vorfall im November 2015 an, als Militäreinheiten die Villa von Salah Diab stürmten und den Haupteigner einer der größten privaten Tageszeitungen im Land, *Al-Masri Al-Jum*, und Besitzer eines Lebensmittelkonzerns vor laufenden Kameras verhaften ließen. Diab wurde nach zwei Tagen wieder freigelassen. »Derartige Geschichten übermitteln eine klare Botschaft an Geschäftsleute, dass sie jederzeit im Gefängnis landen können«, meint Khalil.

Zwar setzt das Regime die neoliberale Politik des alten Mubarak-Regimes fort, doch selbst Profiteure dieser alten Ordnung, die private Geschäftselite im Land, sind vor den Fängen der Armee nicht mehr sicher. Das Militär, das eine Schattenwirtschaft betreibt und seit 2013 seinen wirtschaftlichen Einfluss weiter festigen konnte, verfolgt eigene Interessen. Und es schreckt nicht davor zurück, sich aus Konkurrenzgründen mit der privaten Unternehmerschaft anzulegen. Selbst eine neoliberale Wirtschaftspolitik ist mit einem Militärapparat, der auch wirtschaftliche Ziele verfolgt, nicht umzusetzen.

Österreicher übernehmen Lukoil-Tankstellen

Moskau. Wegen der anhaltenden schweren Wirtschaftskrise in der Russischen Föderation (niedriger Weltmarktpreis für Erdöl, NATO-Sanktionen) verkauft der größte private Ölkonzern des Landes, Lukoil, seine Tankstellen im Baltikum und in Polen an die österreichische Firma AMIC Energy Management. Experten schätzen den Kaufpreis für die 230 Stationen in Lettland, Litauen und Polen auf bis zu 345 Millionen US-Dollar (309 Millionen Euro), wie die Moskauer Wirtschaftszeitung *Wedomosti* berichtete.

Allerdings scheint es nicht nur ökonomische Gründe für den Deal zu geben: Lukoil-Chef Wagit Alekperow hatte zudem eine »starke antirussische Stimmung« in den Ländern als Grund für die Veräußerung genannt. AMIC hat bereits Lukoil-Tankstellen in der Ukraine übernommen. 2015 besaß der russische Konzern nach eigenen Angaben rund 5.100 Stationen in 23 Ländern. (dpa/jW)

Erneut Stellenabbau bei Siemens-Konzern?

München. Beim Industriekonzern Siemens droht ein weiterer Stellenabbau. In der Sparte Prozessindustrie und Antriebe soll nach Informationen des *Handelsblatts* eine vierstellige Zahl von Arbeitsplätzen in Deutschland vernichtet oder ins Ausland verlagert werden. Ein Unternehmenssprecher lehnte am Montag jeden Kommentar ab. Ein IG-Metall-Vertreter sagte, es liefen Gespräche, wollte sich aber ebenfalls nicht weiter äußern.

Die Sparte baut in Nürnberg, Berlin und anderen Werken große Elektroantriebe für die Öl-, Gas- und Bergbauindustrie. Wegen der seit geraumer Zeit niedrigen Ölpreise investieren die potentiellen Kunden nur noch wenig. Umsatz und Gewinn der Sparte sind Konzernangaben zufolge im ersten Quartal gesunken. In Deutschland beschäftigt Siemens in dem Teilbereich rund 16.000 Mitarbeiter. (dpa/jW)

Suche Stabilität, biete heiße Luft

Notenbankchefs Frankreichs und Deutschlands plädieren für »Reformen« in der Euro-Zone

In der tiefsten Krise von EU und Euro-Zone favorisieren die Notenbankchefs der BRD und Frankreichs »umfassende Reformen« der Währungsunion. Jens Weidmann und François Villeroy de Galhau schrieben in einem Beitrag für die *Süddeutsche Zeitung* (Montag), »Europa« (die EU) stehe angesichts hoher Defizite und wirtschaftlicher Ungleichgewichte »ganz eindeutig an einem Scheideweg«. Am heutigen Dienstag tagt in Paris der deutsch-französische Wirtschafts- und Finanzministerrat.

Weidmann und Villeroy de Galhau brachten als Möglichkeit auch die »Schaffung eines gemeinsamen Finanzministeriums für den Euro-Raum in Verbindung mit einem unabhängigen Fiskalrat« ins Spiel. »Sollten die Regierungen und Parlamente jedoch vor der politischen Dimension einer umfassenden Union zurückschrecken, dann bliebe nur noch ein gangbarer Weg übrig – ein dezentraler Ansatz auf der Grundlage von Eigenverantwortung mit strengeren Regeln.«

In ihrem Beitrag plädieren Weidmann und Villeroy de Galhau dafür, dass die Euro-Länder »in erheblichem Maße Souveränität und Befugnisse auf die europäische Ebene übertragen, was wiederum eine größere demokratische Rechenschaftspflicht erfordern würde«. Eine stärkere Integration scheine »der naheliegende Weg, um das Vertrauen in den Euro-Raum wiederherzustellen«, hieß es.

Eine Sprecherin des Bundesfinanzministeriums sagte am Montag, ihr Haus habe sich »auch in der Vergangenheit schon für eine Debatte über die langfristige Integration der Euro-Zone einschließlich Änderung der EU-Verträge offen gezeigt«. Allerdings seien dafür »hohe Hürden« gesetzt. (dpa/jW)

ANZEIGE

IMPERIALISMUS. KRISE. KRIEG.
FRAGEN. ANTWORTEN.
WIDERSTAND.

EIN NEUER INTERNATIONALISMUS IST ANGESICHTS VON KRIEG UND KRISE NÖTIG – EINE REVOLUTIONÄRE ALTERNATIVE GILT ES AUFZUBAUEN, DIE POLITISCH KLAR UND HANDLUNGSFÄHIG IST.

PODIUMSDISKUSSION, WORKSHOPS UND KONZERT
MIT INTERNATIONALEN GÄSTEN

FREITAG, 12. FEBRUAR, AB 15 UHR
SAMSTAG, 13. FEBRUAR, AB 12 UHR

Jockel Biergarten
Ratiborstr. 14c, 10999 Berlin

PROGRAMM UNTER:
WWW.NAO-PROZESS.DE

MEDIENPARTNER
die Tageszeitung junge Welt

E-Zigarette mit Tabak

Der Handel mit E-Zigaretten, die Nikotin enthalten, ist laut einer Grundsatzentscheidung des Bundesgerichtshofs in Deutschland derzeit strafbar. Der Rechtsbereich ist allerdings im Umbruch: Der Handel mit E-Zigaretten soll bis Ende Mai 2016 auf eine neue gesetzliche Grundlage gestellt werden, die auf der Umsetzung einer EU-Richtlinie aus dem Jahr 2014 basiert. Dort wird das Inverkehrbringen von Flüssigkeiten erlaubt, deren Nikotingehalt eine bestimmte Konzentration nicht übersteigt. Die Karlsruher Richter stufen die nikotinhaltige E-Zigarette nun als Tabakerzeugnis ein. (dpa/jW)

LOREDANA NEMES

Kollektivierung der Porträtaufnahme: aus der Serie »Blütezeit« von Loredana Nimes

Die ernste Miene

Wie sehr kann der Betrachter auf Distanz gehen? Die Berliner Ausstellung »Das sind wir« zeigt moderne Poträtfotografie. **Von Matthias Reichelt**

Das klassische Genre der Fotografie ist das Porträt, das schon die frühe Daguerreotypie in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts geprägt hat. Ursprünglich war das Porträt Ausweis eines selbstbewussten und aufstrebenden Bürgertums. Dann entwickelte es sich zu einem eigenen Genre, als personifizierter Ausdruck gesellschaftlicher Verhältnisse, da geht es nicht nur um Klassen und Schichten, sondern beispielsweise auch um die sexuelle Orientierung.

Die demonstrative Klarheit des Titels der Ausstellung »Das sind wir« in der Berlinischen Galerie vereint unterschiedliche konzeptuelle Serien der Gegenwart, von 1996 bis 2013. Die abstrakteste und rätselhafteste Form des Porträts bietet Dunja Evers. Auf den flüchtigen Blick sind drei monochrome Tableaus zu sehen, die schlicht »Porträt Nr.1, Nr. 3 und Nr. 11« betitelt sind. Sie zwingen die Betrachter, auf Distanz zu gehen, um nach einer Weile des Räsonierens, schemenhafte Gesichter zu erkennen, die sich wie in einem Entwicklerbad langsam herauskristallisieren.

Was signalisieren Körperhaltung, Mimik, Gestik und Dresscode samt luxuriösen Accessoires? Michael Schäfer animierte für seine Serie »Les Acteurs« 2007 Schüler eines Eliteinternats, sich in die Rolle von Führungskräften im Management hineinzuversetzen. Die Jugendlichen, wahrscheinlich alle sozialisiert in dem Milieu, das sie nun mit imaginierter Leitungsfunktion repräsentieren sollen, reproduzieren die Bildklischees mit ernster, machtbewusster und manchmal gar blasierter Miene. Irritierend bleibt letztendlich nur die Differenz zwischen Alter und Rolle und führt zu der Frage, ob es nicht interessanter gewesen wäre, das Projekt mit Jugendlichen aus einem deutlich anderen gesellschaftlichen Milieu durchzuführen?

Haben gleichgeschlechtliche Paare mit Kindern, den sogenannten Gaybys das Bild und Selbstbild der Familie entscheidend verändert? Verena Jaekels vom Ansatz her spannende Serie »Neue Familienporträts« von 2005/2006, die Familien von homosexuellen Elternpaaren aus den USA und Deutschland zeigt, orientiert sich an traditionellen Familienporträts. Anstatt aber die Familien über Kleidung und Position bestimmen zu lassen, führte Jaekel Regie bei den Bildern, die so statisch und angestaubt wirken und keine Differenz zur normativ heterosexuellen »Familienaufstellung« erkennen lassen.

Der isländische und in Berlin lebende Künstler Kristleifur Björnsson thematisiert die Transgression zwischen privat und öffentlich, zwischen Public Domain und Urheberrecht anhand des Materials aus dem Internet. »My Girlfriend Natalie«, zwei großformatige, aus vielen DIN-A-4-Prints zusammengesetzte Porträts der US-Schauspielerin Natalie Portman, offenbar Schnappschüsse eines Fans, setzen das Spiel, changierend zwischen anmaßender Fiktion und Realität in Gang. Die Brillanz der starschnitthaften Kompositionen von internetgeneriertem Material ist das eigentlich Überraschende der Arbeit.

Von Birgit Kleber stammt die Serie »Künstlerporträts«, die sie zwischen 1996 und 2007 im Auftrag des *Tagesspiegel* in Berlin machte. Kleber orientiert sich von allen in der Ausstellung vertretenen Fotografinnen und Fotografen formal am stärksten an dem klassischen Genre und bildet mit ihrer Kamera vor allem die Köpfe der Künstler ab und zeigt deren Gesichter en face in analogen Schwarzweißaufnahmen. Es sind »hautnahe« Bilder von hochaufgelösten Konterfeilandschaften, die das Gesicht und die Augen als Zentrum der Persönlichkeit zeigen.

Loredana Nemes erforscht in ihrer Serie auf eindringliche Art das Verhältnis von Gruppe und Autonomie in der Jugend. Sie fotografierte Cliquen und machte zusätzlich Einzelporträts der Mitglieder, die sie wiederum wieder zum Gruppenbild montierte. Auf diese Weise arbeitet sie eindrucksvoll die verschiedenen Beziehungen und hierarchische Strukturen heraus.

■ Bis 21.3., Berlinische Galerie, Berlin

■ Neu im *jW*-Shop

Gabriele Senft

Dialog. Schriftsteller der DDR

Gegen das kulturelle Vergessen: Ein Bildband mit Fotografien von Schriftstellern der DDR

»Vielleicht hat es eine DDR-Literatur tatsächlich nicht gegeben, geblieben aber ist aus den 44 ostdeutschen Nachkriegsjahren ein unverwechselbarer, poetischer, in seiner Vielfalt leuchtender, auf das Weiterkommen der Menschen in schweren Zeiten gerichteter Teil unserer glanzvollen, von der literarischen Gestaltung der großen Zeitwidersprüche gekennzeichneten deutschen Nationalliteratur.
Gabriele Senft, indem sie uns die Bilder von einer großen Zahl in gemeinsamer östlicher Vergangenheit geprägten Schreiberinnen und Schreiber zeigt, trägt dazu bei, dass uns deren Gesichter in Erinnerung und ihre Gedanken nützlich bleiben.« – Günther Drommer

Das Buch ist als einfache Broschur (zum Preis von 19,80 Euro) oder als Schweizer Broschur, fadengebunden und mit blauem Fälzelband in einer limitierten Auflage von 250 Exemplaren erhältlich (zum Preis von 30,- Euro). Verlag Wiljo Heinen, 157 Schwarzweißfotografien auf 192 Seiten.

Ja, ich bestelle:

Dialog (einf. Broschur)	19,80 €	Ex.
Dialog (Schweiz. Brosch.)	30,00 €	Ex.

+ Versandkosten in Höhe von 3,90 €
(Bei Bestellwert über 70,– € versandkostenfrei. Bei Auslandsbestellungen volle Portokostenberechnung)

Gesamtpreis: €

Name/Vorname

Straße/Nr.

Postleitzahl/Ort

Telefon

ICH ZAHLE PER RECHNUNG.

Datum/Unterschrift

Bestellkupon einsenden an:
**Verlag 8. Mai GmbH,
Torstr. 6, 10119 Berlin, oder
faxen an: 0 30/53 63 55-44**
Bestellungen auch unter:
www.jungewelt-shop.de

Geldbeschaffungsmaßnahmen (GBM) ■ Wirtschaft als das Leben selbst. Von Helmut Höge

Sie benötigen dringend Darlehen? sind Sie in der Schuld? Sie haben dringende Darlehen brauchen, um Ihr Unternehmen? haben Sie von Ihrer Bank abgelehnt worden zu finanzieren, keine Sorgen mehr, unsere Dienstleistungen sind Schnell, einfach; sicher Kredite nun in welchen Umständen auch immer. Kredite bis zu 2.000–1.000.000 Heute! Kontaktieren Sie uns mit Kreditinformationen. Hinweis: Sie werden eine vorläufige Antwort und die Finanzierung innerhalb von 24 Stunden zu erwarten Grüße. Frau Nora.« Eine SMS von »O2«: »Sie haben noch Guthaben. Kontaktieren Sie Ihre Freunde und Verwandten.« »Lieber Helmut, Ich hoffe du hast dies schnell erhalten, ich bin nach Zypern verreist und habe meine Tasche verloren samt Reispass und kreditkarte. Die botschaft ist bereit, mich ohne meinen Pass fliegen zu lassen. Ich muss nur noch für mein ticket und die hotelrechnungen zahlen. Leider habe ich kein Geld dabei, meine kredit karte könnte helfen aber die ist auch in der Tasche. Ich habe schon kontakt mit meiner Bank aufgenommen, aber sie brauchen mehr zeit, um mir eine neue zu schikken. Ich wollte dich fragen, ob Du mir 1.650,– EUR so schnell wie möglich leihen kannst. Ich gebe es dir zurück sobald ich da bin. Das Geld durch Western Union ist die beste möglichkeit. Ich muss unbedingt den nächsten Flug bekommen. Ich warte auf deine Antwort.« »Hallo helmut höge, Bitte einspringen Sie uns dabei, Ihr PayPal-Account wieder neu geschtalten. Bis Erneuerung haben wir den Zugang zu Ihrem PayPal-Account vorübergehend limitiert. Wo liegt das Problem? Wir haben vor geraumer Zeit von einer womöglich nicht zulässigen Kreditkartennutzung mit diesem PayPal-Account erfahren. Zu Ihrem Schutz haben wir den Zugriff auf Ihr Konto beschränkt.« PS: Ich habe weder ein Pay-Pal-Konto, weiß nicht einmal, was das ist, noch habe ich überhaupt eine Kreditkarte, und ein »Problem« damit habe ich schon gar nicht.

Erste Warnung: Reisende Dachdekker bieten an der Haustür eine kostengünstige Überprüfung des Daches an. Danach zeigt der Handwerker morsche Holzreste vor, die er angeblich an der Lattung oder den Sparren vorgefunden hat. Tatsächlich aber hat er diese Holzreste bereits mit aufs Dach genommen und will dem Hausbesitzer nun einen unnötigen Reparaturauftrag entlocken. Mitunter zeigt der Handwerker dem Hausbesitzer das Detailfoto eines kleinen Mangels am Dach. Unterschreibt der Hausbesitzer nicht sofort einen Reparaturauftrag, droht der Dachdekker, das Foto an die Gebäudeversicherung zu senden, mit dem Hinweis, der Hausbesitzer erhalte beim nächsten Unwetterschaden kein Geld. Zweite Warnung: Es klingelt, und ein Paketzusteller fragt Sie, ob Sie für einen Hausbewohner ein Paket annehmen würden. Bestellbetrüger nutzen Ihre Freundlichkeit aus. Sie vertrauen darauf, dass Sie auch Pakete für Empfänger annehmen, die Sie persönlich nicht kennen im Haus, und diese später einem »Abholer« (oft ein junger Mann), der eine Zustellbenachrichtigung vorlegt, übergeben. Er will sie betrügen, dazu benutzt er neben einem falschen Namen auch Begründungen wie »Man sei gerade neu eingezogen«, »Man betreue während Urlaubsabwesenheit oder Krankenhausaufenthalt die Wohnung« oder »Man sei vom Empfänger beauftragt, das Paket abzuholen«. Und weg ist das Paket. Für etwaige zivilrechtliche Ansprüche des Warenversenders sind Sie der letzte namentlich bekannte und nachvollziehbare Empfänger des Pakets. Dritte Warnung – von Ralf Clever auf *Heise online*: »Im Moment sind viele Erpressungstrojaner unterwegs, die sich als Word-Datei tarnen, besonders beliebt sind dabei angebliche Rechnungen.«

> Erste Warnung: Reisende Dachdecker bieten an der Haustür eine kostengünstige Überprüfung des Daches an.

Wofür, zum Teufel, kämpft ihr?

Der Punkpoet Attila the Stockbroker hat seine Autobiographie veröffentlicht. **Von Simon Loidl**

Anfang der 1980er Jahre startete ein junger, zorniger Dichter aus Südengland so richtig durch. Er kam aus der Szene der »Ranting poets«: Das war eine lose Gruppe von Künstlern aus dem Umfeld der Punkszene, die ihre Dichterlesungen wie Konzerte präsentieren. Damals war Attila the Stockbroker für einige Monate beinahe ein Star: Der legendäre Radio-DJ John Peel spielte seine Gedichte und Songs, und die Zeitschrift *Melody Maker* fotografierte ihn für das Cover einer Ausgabe im Juni 1982. Seine ersten Auftritte und Singles wurden von den einflussreichen britischen Musikmagazinen in den höchsten Tönen gelobt. Ganz geheuer war Attila dieser Hype nicht, wie er in »Arguments Yard«, seiner kürzlich bei Cherry Red Books erschienenen Autobiographie schreibt. Denn er rechnete damit, dass es sich bei der großen Aufmerksamkeit für seine Person lediglich um die sprichwörtlichen 15 Minuten Ruhm handeln könnte.

Und tatsächlich: Bereits nach einigen Monaten war er weniger gefragt. Die Musikmagazine – stets auf der Jagd nach dem nächsten großen Ding – veröffentlichten wenig euphorische Rezensionen seines ersten Albums. Sie gaben ihm zu verstehen, dass seine Zeit schon wieder abgelaufen sei. Doch Attila war darauf vorbereitet. Er hatte seinen kurzen Ruhm genutzt, um Kontakte mit Fans, Radiomachern, Fanzines und Veranstaltern zu knüpfen, und so ging seine Karriere nach dem kurzen Höhenflug so weiter, wie sie begonnen hatte: als Dichter und Musiker im Punk-Underground, wo er heute als äußerst lebendige Legende gilt.

PRESS IMAGES

»Ist der westliche Traum euer Morgenrot?«: Attila the Stockbroker

Niederlagen und Optimismus

Die »Ranting poets« waren eine lose Gruppe von Dichtern, die Anfang der 1980er Jahre im Umfeld der britischen Punkszene auftauchten. Häufig traten die Künstler zusammen mit Bands auf, für die sie als Anheizer politische und satirische Gedichte oder Songs vortrugen. Der 1957 als John Baine Geborene wurde 1980 zu Attila the Stockbroker und spielte oft mit den Newtown Neurotics, einer der politischsten Punkbands dieser Jahre.

Heute ist Attila in vielen Bereichen aktiv. Er ist Dichter, Musiker, Sänger, er organisiert ein jährliches Festival und ist eigentlich fast ständig solo oder mit seiner Band Barnstormer unterwegs. Bei all diesen Aktivitäten versteht er sich nicht einfach als Künstler, sondern als politischer Aktivist. Obwohl er Zeitzeuge großer Niederlagen der Linken war, versprüht seine Autobiographie Optimismus und Heiterkeit. Seit jeher kontert Attila die Zumutungen der Herrschenden mit sarkastischem Humor. Die selbstbestimmte Art und Weise, mit der er seine künstlerische Arbeit seit mehr als 35 Jahren entwickelt, zeigt, dass es für einen fortschrittlichen Künstler möglich ist, weiterzumachen – auch wenn die Daumen der Wächter der Kulturindustrie nach unten zeigen.

Als Jugendlicher war Attila eher zufällig mit marxistischer Literatur in Berührung gekommen, sie stärkte seine Sympathien für die Kämpfe der britischen Arbeiterklasse in den frühen 1970er Jahren. In seiner Autobiographie schildert er besonders die umfangreichen Aktivitäten rund um die »Rock Against Racism«-Bewegung, die gegen die Nazis von der British National Front und deren Skinhead-Anhang mobilisierte. Attila wich auch vor direkten physischen Attacken der Rechten nicht zurück. Darüber hinaus gehörte er zu den Künstlern, die die großen Streiks gegen die autoritäre Politik von Margaret Thatcher mit Solidaritätskonzerten unterstützten. Den Bergarbeiterstreik der Jahre 1984/85 und den darauf folgenden Ausstand der Drucker und Zeitungsarbeiter beschreibt Attila als Zäsur in der Geschichte Großbritanniens. Mit der Niederschlagung der Streiks und der damit verbundenen Schwächung der einst mächtigen britischen Gewerkschaften begann der neoliberale Siegeszug – »die heutigen Arbeitsbedingungen in Großbritannien sind das giftige Erbe jener Tage«, schreibt er.

Jenseits der Mauer

Attila machte nie ein Hehl aus seiner Sympathien für den Sozialismus – er war ebenso für die Bewegungslinke wie für die sozialistischen Länder des Ostens. Schon in seinen frühen Gedichten nahm er die antikommunistische Hysterie aufs Korn, wie sie insbesondere von britischen Boulevardblättern geschürt wurde. Ab 1986 bekam Attila dann Gelegenheit, sich selbst ein Bild vom Leben in den von westlichen Politikern und Medien verteufelten Ländern zu machen. Der Folk-Punk-Liedermacher Billy Bragg nahm 1986 am »Festival des politischen Liedes« in Ostberlin teil. Nach seinem gefeierten Auftritt wurde er zu einer Sommertour durch die DDR eingeladen. Er bat wiederum die Newtown Neurotics und Attila, ihn zu begleiten. Bis 1990 machte Attila insgesamt sechs DDR-Konzertreisen. Das war die Basis für seinen relativ hohen Bekanntheitsgrad im deutschsprachigen Raum. Bis heute tourt er fast jedes Jahr durch die größeren Städte der BRD.

Der Einladung von Billy Bragg und anderen zum »Festival des politischen Liedes« waren Debatten über die Modernisierung der Veranstaltung und ihre Öffnung hin zu neueren musikalischen Strömungen vorausgegangen. Als Attila dann in der DDR spielte, geriet er in viele nächtelange Diskussionen über die Zukunft des Landes. Er erzählt von Gesprächen mit linientreuen Funktionären ebenso wie mit DDR-Kritikern. Mit ersteren diskutierte er über die ihm lächerlich erscheinenden bürokratischen Hürden und Beschränkungen für Musiker und Künstler. Die DDR-Skeptiker wiederum versuchte Attila davon zu überzeugen, dass das meiste, was sie in den sozialistischen Medien über das Leben im Kapitalismus zu lesen bekamen, tatsächlich stimmte. Jenseits der Mauer wartete keine Gold- und Glitzerwelt, wie sie im Westwerbefernsehen präsentiert wurde, sondern Armut, Arbeitslosigkeit und Konkurrenzkampf.

Doch er teilte die Hoffnungen auf eine erneuerte DDR, auf mehr Demokratie und kulturelle Freiheiten. Um so größer war seine Enttäuschung über die feindliche Übernahme der Reformbewegung durch westliche Kräfte. Die rasanten Auswirkungen des Anschlusses der DDR an die BRD entsetzten ihn. »Die Massen sind in Trance, eine goldne Zukunft winkt / doch tausend Börsenspekulanten haben sich längst eingeklinkt«, singt er in seiner deutschen Version des Songs »Market Sektor One«, seinem Lied über das Ende der DDR: »Wofür, zum Teufel, kämpft ihr nun? Doch nicht für Sexshops und *Bild*-Zeitung? / Ist der westliche Traum euer Morgenrot? Ihr werdet Arbeitskraft zum Sonderangebot!«

■ Attila The Stockbroker: Arguments Yard. My Autobiography. 35 Years of Ranting Verse and Thrash Mandola. Cherry Red Books 2015, 302 Seiten, ca. 16 Euro

■ Weitere Infos: www.attilathestockbroker.com

■ Ein Karnevalskind spricht

An Veilchendienstag wurde ich gezeugt,
mein Vater hatte schon ein Veilchen
und eine Fahne, die im Winde klirrte,
was meine Mutter sehr verwirrte,
sie las nicht gerne Hölderlin.
Doch ihrem Gatten war sie hold und treu wie Gold
und seinem trunk'nen Willen hat sie sich gebeugt.
Sie wollte nicht mit Reizen noch mit Spreizen
vergnatzt blöd-prüde geizen.
Mein Vater brauchte dann ein ganzes Weilchen,
geplagt von Hölder- nicht, jedoch von Hängolin
für ihn sehr ungewöhnlich lang zum Aktvollzug,
denn Alk und Akt führ'n selten zu schön hellem Flug,
und lassen auch kein Frühlingsband bunt flattern.
Die Nerven sind's, die zucken, zappeln, tattern.
Doch ward die Sach' in zäher, langer Nacht
am Ende tapsig-ungelenk vollbracht,
und so erblickte ich am elften Elften,
ganz pünktlich also zum Saisonbeginn,
das Licht, ach nein, es war November, Monat ohne Trost
das Dunkel dieser Welt,
es war von schierem Nichts umtost.
Die Eltern, und ich meine beide Hälften,
hatten's mit Ach und Krach erpömpelt und gemacht.
Wie sagte Peter Hacks in einem seiner Werke,
gedichtet war's, auch das war seine Stärke:
»Es ist oft nicht der Anfang, der gefällt.«

Wiglaf Droste

Das Erwachen der Multis

Der »Star Wars«-Film »Das Erwachen der Macht« hat dem Spielzeughersteller Hasbro zum Jahresende die Kassen gefüllt. Im Weihnachtsquartal kletterte der Umsatz im Vergleich mit dem Vorjahreszeitraum um 13 Prozent auf 1,47 Milliarden Dollar (1,32 Mrd. Euro), wie der US-Konzern mit Marken wie Transformers, Monopoly oder Furby am Montag mitteilte.

Vor allem die Lizenzen für Fanartikel zu Blockbustern wie dem jüngsten Teil der Sternenkrieger-Saga oder dem Dinosaurierspektakel »Jurassic World« zahlten sich aus. In der Sparte für Jungsspielzeug, in die die Action-Figuren zu den Filmen fallen, legten die Verkäufe um 35 Prozent zu. Unter dem Strich stieg der Gewinn um gut drei Prozent auf 175,8 Millionen Dollar. Nach Berichten über Fusionsgespräche wurde zuletzt über einen Zusammenschluss von Hasbro und dem großen US-Rivalen Mattel spekuliert. Die Unternehmen äußerten sich bislang nicht dazu. Bei Mattel, Hersteller von Barbie, Fisher Price oder Hot Wheels, wurden die Erwartungen im vierten Quartal ebenfalls übertroffen. (dpa/jW)

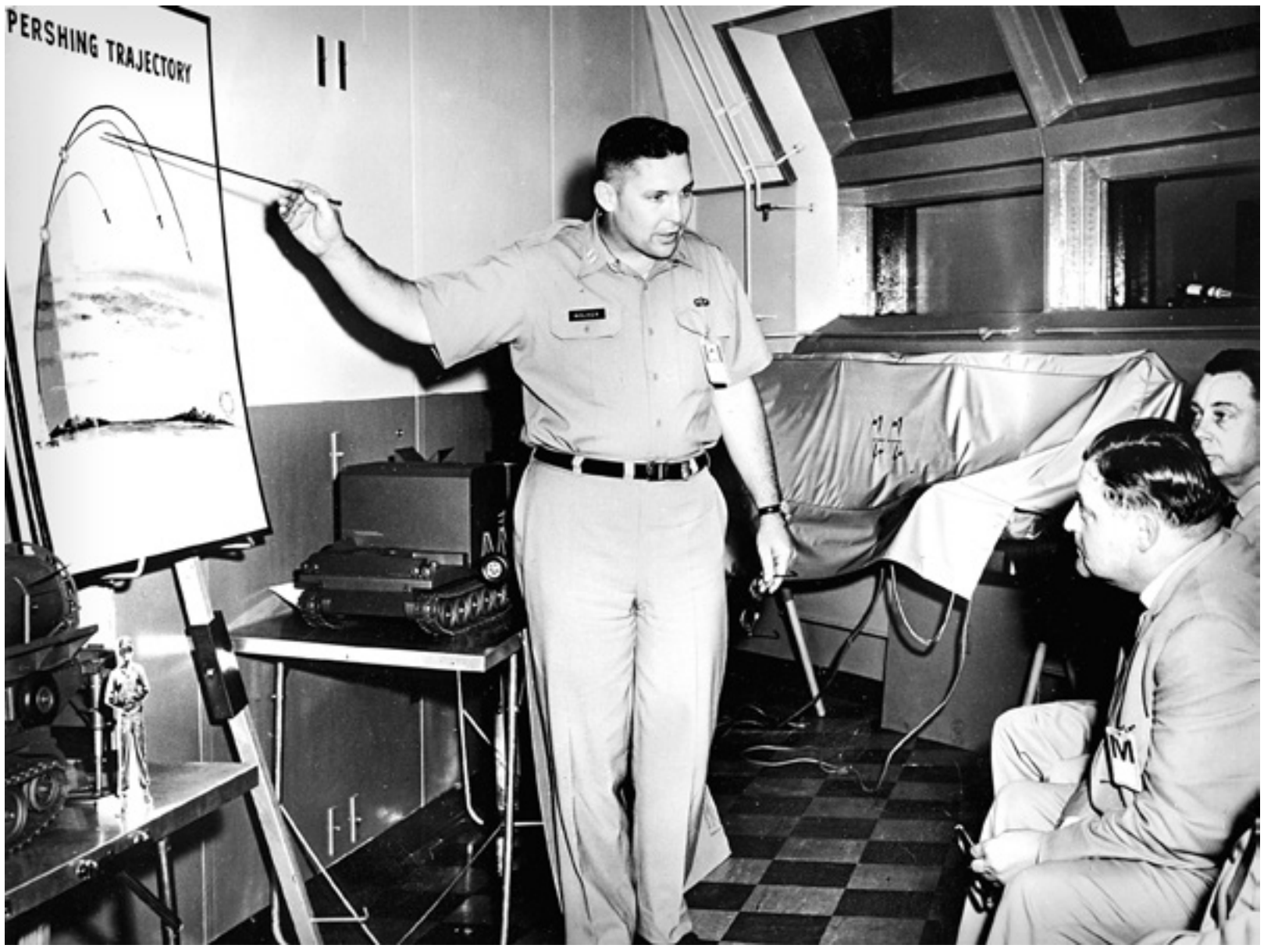
Dieser Verlag bin ich

Die Unternehmerin Christiane zu Salm hat den Berliner Nicolai Verlag gekauft. Die ehemalige *MTV*-Chefin ist Tochter eines Mainzer Verlegers und gelernte Verlagsbuchhändlerin. Mit dem Erwerb kehre sie nach ihren Erfolgen im Fernsehbusiness zu den Anfängen ihres unternehmerischen Wirkens zurück, heißt es in der Mitteilung vom Montag. Die 49jährige hat auch Erfahrung als Autorin: Als ehrenamtliche Sterbebegleiterin schrieb sie den Bestseller »Dieser Mensch war ich«. Der Nicolai Verlag wurde 1713 in Berlin gegründet und gilt als einer der ältesten Buchverlage Deutschlands. (dpa/jW)

Wawerzinek nach Dresden

Der Schriftsteller Peter Wawerzinek wird Dresdner Stadtschreiber 2016. Der 61jährige Berliner wird ab Juni sechs Monate lang in Dresden wohnen, arbeiten und unter anderem mit Lesungen am kulturellen Leben teilnehmen, wie die Stadt am Freitag mitteilte. Wawerzineks Bewerbung habe die Jury mit ihrem ungewöhnlichen Anschreiben von literarischer Qualität überzeugt. 2015 war der gebürtige Rostocker Stadtschreiber in Magdeburg. Das Stadtschreiberstipendium der Stiftung Kunst und Kultur der Ostsächsischen Sparkasse Dresden wird zum 21. Mal vergeben. Im vergangenen Jahr hatte der Autor Michael Wildenhain die Auszeichnung erhalten. (dpa/jW)

■ In der kommenden Woche erscheint im Verlag Das Neue Berlin das von Klaus Eichner und Gotthold Schramm herausgegebene Buch »Top-Spione im Westen«. Darin berichten Agenten der Hauptverwaltung Aufklärung, des Auslandsnachrichtendienstes der DDR, über ihre Tätigkeit an den Schaltstellen westdeutscher Politik und Wirtschaft. Der Band erschien bereits 2003 unter dem Titel »Kundschafter im Westen«. Gegenüber der damaligen Fassung fehlen in der neuen Ausgabe drei der ursprünglich 31 Beiträge. *jW* veröffentlicht an dieser Stelle vorab das für diese Ausgabe verfasste Vorwort. (jW)



PICTURE ALLIANCE / SCHULMANN-SACHS

Den Feind im Visier: In einer »Atomwaffenbedarfsstudie« legten die USA Ziele in den sozialistischen Staaten fest, die mit Nuklearwaffen attackiert werden sollten (Bundesverteidigungsminister Franz Josef Strauß lässt sich im Juni 1962 in Florida die Flugbahn einer Pershing-Rakete erklären)

Geschmähter Friedensdienst

Die Spione der DDR handelten nach der Maßgabe, einen Krieg zu verhindern. Ihre Leistungen werden in Zeiten sich verschärfender Konflikte deutlich erkennbar.

Von Werner Großmann und Wolfgang Schwanitz

Seit nunmehr einem Vierteljahrhundert ist die DDR Geschichte. Ihr Auslandsnachrichtendienst und alle anderen Institutionen sind es damit auch. Wer bei politischem Verstand ist, hat viele Gründe, dies zu bedauern. Der wichtigste Grund ist die Tatsache, dass inzwischen der Krieg wieder als eine normale Fortsetzung der Politik praktiziert wird.

Der französische Sozialist Jean Jaurès (1859–1914) sah nicht als erster und einziger den kausalen Zusammenhang zwischen Kapitalismus und Krieg, aber er kleidete diesen in ein sehr überzeugendes Bild: »Der Kapitalismus trägt den Krieg in sich wie die Wolke den Regen.« Womit gesagt ist: Solange es Kapitalismus gibt, solange wird es auch Kriege geben.

Die Deutsche Demokratische Republik brach mit dem Kapitalismus in Deutschland, der Schwur der Überlebenden des Konzentrationslagers Buchenwald »Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus!« wurde Staatsdoktrin. Womit die DDR zwangsläufig zur Zielscheibe kapitalistischer Staaten wurde, insbesondere jenes Nachfolgestaates des Deutschen Reiches, der ein einheitliches, antifaschistisch-demokratisches Deutschland verhinderte, indem er das Land teilte. Die existentielle Auseinandersetzung mit den alternativen Gesellschaften, die eine antikapitalistische Entwicklung einschlugen, nannten sie Kalter Krieg. Und dieser wurde, grundsätzlich betrachtet, nach den gleichen Prinzipien geführt, die Kaiser Wilhelm II. 1905 in seinem Neujahrsbrief an den deutschen Reichskanzler Bernhard von Bülow formuliert hatte: »Erst die Sozialisten abschießen, köpfen und unschädlich machen, wenn nötig per Blutbad, und dann Krieg nach außen. Aber nicht vorher und nicht a tempo.«

Der Krieg »nach außen« wurde bis 1990 verhindert allein durch die Existenz eines zumindest militärisch gleichwertigen Widerparts, eines Bündnisses, das sich die Sicherung des Weltfriedens auf die Fahnen geschrieben hatte. Die Androhung wechselseitiger Vernichtung war zwar kein auf Dauer erträglicher Zustand, außerdem verschlang die Rüstung Ressourcen, die den Völkern fehlten. Aber das wies den Kapitalismus in die Schranken. Diese waren beseitigt, als die Mauer fiel und der Warschauer Vertrag sich auflöste. In Europa wurde wieder geschossen. Zuerst auf dem Balkan – wie schon einmal 1914. Ab 1999 waren auch deutsche Soldaten dabei. Solange zwei deutsche Staaten existiert hatten, hatte man sich solche Unverfrorenheit, nicht getraut ...

Opfer der Siegerjustiz

Diesen großen politischen Bogen sollte man schon schlagen, um sich bewusst zu machen, welchen Beitrag die Spione der DDR – die wir zu ihrer Unterscheidung von den Agenten des Kapitalismus »Kundschafter« nannten – zur Bewahrung des Friedens bis 1990 nachweislich leisteten. Und wir sollten auch sagen, dass sie dazu nur deshalb in der Lage waren, weil die sie führende Hauptverwaltung Aufklärung (HV A) zu einem Ministerium für Staatssicherheit (MfS) gehörte, in welchem der Schutz des Friedens staatlich organisiert und koordiniert worden ist. Selbstredend gemeinsam mit anderen Institutionen, denn das MfS inklusive HV A stand nicht über anderen Einrichtungen der DDR, sondern es war Teil eines großen Ganzen.

Die Kundschafter, auch die der Militäraufklärung, kämpften in der ersten Linie, die keineswegs unsichtbar war. Der Verlauf der Klassenfront war durchaus erkennbar. Und sie selbst blieben nur solange unsichtbar, solange sie nicht erkannt wurden. Falls sie jedoch enttarnt wurden, verhielt man sich ihnen gegenüber so, wie es der deutsche Kaiser seinerzeit gefordert hatte: »abschießen, köpfen und unschädlich machen«. Horst Hesse, der 1958 aus einer Filiale des US-Nachrichtendienstes MID in Würzburg die Datei mit den amerikanischen Agenten in der DDR sicherstellte (was später die Vorlage für den DEFA-Film »For eyes only« lieferte), wurde in den USA in Abwesenheit zum Tode verurteilt. Andere Kundschafter wie Hans Voelkner oder Marianne und Hans-Joachim Bamler wurden in französischen Kerkern »unschädlich« gemacht, Christel und Günter Guillaume, Renate und Lothar-Erwin Lutze in denen der Bundesrepublik. Lutze war elf Jahre inhaftiert, ehe er 1987 ausgetauscht werden konnte. Er saß von allen am längsten.

All diese Genossen und unsere Gefährten wussten, wie hoch ihr Risiko war. Sie gingen es mit Bedacht ein, weil sie nicht nur von der Richtigkeit ihres Tuns überzeugt waren, sondern auch von dessen Notwendigkeit.

Daran änderte auch die Niederlage nichts, die wir 1989/90 erlitten. Dieser Überzeugung blieben sie, blieben wir ebenso treu wie jene Kräfte der Konterrevolution, die obsiegten, der ihren: Sie machten die Sozialisten mit Hilfe der Justiz unschädlich, um »dann Krieg nach außen (zu beginnen). Aber nicht vorher und nicht a tempo.« Es gab etwa dreitausend Ermittlungsverfahren nach 1990, viele Kundschafter wurden zu langjährigen Haftstrafen verurteilt.

Die kapitalistische Justiz – die trotz gegenteiliger Bekundungen eine Klassenjustiz ist und bleibt – drängte sie an den sozialen Rand der Gesellschaft. Die Rentenkassen erledigten auch die Führungsoffiziere und die Mitarbeiter, die hinter diesen Kundschaftern in der DDR standen. Und die kapitalistische Propaganda besorgte die Gehirnwäsche bei den Außenstehenden. Inzwischen haben wir es mit einer ganzen Aufarbeitungsindustrie zu tun. Das Land ist überzogen von einem Netzwerk staatlicher oder staatlich alimentierter Einrichtungen, die jenen Generationen, die keine lebendige Erinnerung an die DDR haben, ein Bild von dieser »zweiten deutschen Diktatur« vermitteln sollen, in der »die Stasi« spitzelte und spionierte, Unschuldige verfolgte und zu seelischen Krüppeln machte.

Menschenverachtender Plan

Dass solche Darstellungen falsch und verlogen sind, wissen alle, die dabei waren. Wir werden aber immer weniger, das ist der Lauf der Welt. Deshalb legen wir Zeugnis ab, solange es geht. Dabei geht es nicht um Rechtfertigung. Wofür sollten wir uns »rechtfertigen«? Die Sicherung des Friedens bedarf keiner Begründung. Eher stehen doch wohl jene in der Pflicht zu erklären, warum sie fortgesetzt den Frieden brechen. Sie führen weltweit Krieg gegen den Terror, wie sie behaupten.

Sollte man nicht besser nach dessen Ursachen fragen? Wurzeln diese nicht in Jahrhunderte währender kapitalistischer Bevormundung, Ausbeutung und Unterdrückung? Oder in der Zerschlagung staatlicher Strukturen, um einen »Systemwechsel« mit dem Ziel höherer Profite herbeizuführen? Wenn dann Unwissenheit auf Leichtgläubigkeit trifft, finden religiöse Vorstellungen Zuspruch, die Glück und Zufriedenheit versprechen. Natürlich und mit Recht stößt das zu Beginn des 21. Jahrhundert auf Widerspruch, und alle Verbrechen, die sich auf antiquiertes Denken oder auf eine Religion berufen, sind zu verurteilen. (Das gilt für den Islam wie für das Christentum) Doch die Auseinandersetzung mit solchen Auffassungen und den daraus resultierenden Rechtsbrüchen darf nicht die Frage nach dem Warum ausblenden. Das aber geschieht absichtsvoll. Sie wird weggebombt. Denn hinter den Rauch- und Propagandaschwaden verschwinden auch andere Probleme.

Der Imperialismus – diesen Begriff liebt man nicht, weil er zu deutlich den Charakter der kapitalistischen Gesellschaft benennt – hat keine Moral außer jener, an die schon Karl Marx im »Kapital« erinnerte: »300 Prozent (Profit) und es existiert kein Verbrechen, das es nicht riskiert, selbst auf die Gefahr des Galgens.« Wir erinnern uns: Im Mai 1945 – soeben war von der Antihitlerkoalition Nazideutschland niedergerungen und der Krieg in Europa beendet worden – sollte die Sowjetunion von britischen und US-Truppen militärisch niedergeworfen werden. Für die »Operation Unthinkable« wollte man etwa 100.000 kriegsgefangene Wehrmachtsoldaten reaktivieren. Der Termin des Überfalls war auf den 1. Juli 1945 festgelegt. Er wurde abgeblasen, weil man erstens die Sowjetunion militärisch für zu stark hielt und zweitens Probleme sah, der eigenen Bevölkerung einen Krieg gegen den bisherigen Verbündeten glaubwürdig zu vermitteln. Dieser streng geheime Plan wurde erst 1998 publik.

Ende 2015 erfuhr die Welt von einem anderen »streng geheimen« Plan: die nukleare Vernichtung von 1.200 Städten in den Staaten des Warschauer Vertrages sowie Chinas. Deren Namen standen in einer »Atomwaffenbedarfsstudie« des strategischen Bomberkommandos der USA. Die 800 Seiten umfassende Zielliste machte Washington Ende der 50er Jahre zum Regierungsprogramm, es wurden dafür 1.200 Wasserstoffbomben MK-15 produziert, von denen jede die Sprengkraft von 300 Hiroshima-Bomben besaß. Allein 68 solcher Mordinstrumente sollten auf die DDR-Hauptstadt

Den Feind belauscht: Die stillgelegte Abhörstation des US-Nachrichtendienstes National Security Agency auf dem Teufelsberg in Berlin PAWEL KOPCZYNSKI/REUTERS

Berlin abgeworfen werfen, für Leningrad – drei Jahre von der faschistischen Wehrmacht erfolglos belagert – waren 145, für Moskau 179 vorgesehen. Der Deckname der Zielorte: »Ground Zero«.

Dass dieser irrwitzige, menschenverachtende Plan nicht ausgeführt wurde, war nicht irgendwelchen Humanitätsgedanken oder christlicher Nächstenliebe geschuldet, sondern einzig der Tatsache, dass die Sowjetunion und ihre Verbündeten unter großen Mühen ein atomares Patt erreicht hatten, was zu der simplen Logik führte, die selbst Kalte Krieger begriffen: Wer als erster schießt, stirbt als zweiter!

Nicht grundlos hieß damals das Uranerz, das wir oft unter unsäglichen Bedingungen und keineswegs schadlos für Mensch und Umwelt aus den Schächten in der DDR kratzten, »Friedenserz«. Der Preis, den wir zahlten, war hoch. Aber die Rendite rechtfertigte unseren Einsatz: Wir verhinderten dadurch die nukleare Vernichtung der Menschheit. Zu den notwendigen Aufwendungen, die uns auszehrten, gehörten auch die zugunsten der Schutz- und Sicherheitsorgane im In- und im Ausland. Ohne unsere Aufklärer und das gesellschaftliche Hinterland hätten wir nicht bis 1990 Frieden sichern und für eine stabile Ordnung sorgen können. Ein System kollektiver Sicherheit, in den 70er Jahren mit der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) geschaffen, wäre ohne dieses kollektive Engagement nicht möglich gewesen.

Globale Bespitzelung

Und jene geheimen Pläne zur Eroberung und Beherrschung der Welt waren nicht die einzigen – das Thema ist keines ausschließlich für den Geschichtsunterricht. Es ist Gegenwartskunde, wie wir etwa von Edward Snowden wissen, einst Mitarbeiter der CIA. Von ihm erfuhr 2013 die Welt, dass die Geheimdienste der USA systematisch die Welt ausforschen. Ob Freund oder Feind, Verbündeter oder Gegner: egal, gespitzelt wird global. Seither dringen mehr und mehr Details an die Öffentlichkeit. Im Bundestag beschäftigt sich seit 2014 ein Untersuchungsausschuss mit der NSA-Affäre, in dem auch die Kooperation des Bundesnachrichtendienstes mit den US-Spionageeinrichtungen ans Licht kam wie auch die Tatsache, dass der BND gleichfalls EU-Partner abhörte. Als 2013 ebenfalls ruchbar wurde, dass die Amerikaner das Telefon der Bundeskanzlerin abhörten, empörte sich Angela Merkel: »Ausspähen unter Freunden, das geht gar nicht.« Zwei Jahre später kam heraus, dass der BND das gleiche tat – er hörte die »Freunde« in Paris ab. Uns überraschte das nicht.

Dem Bereich Gegenspionage der HV A war es in den 80er Jahren gelungen, ein Dokument mit der Bezeichnung »National SIGINT Requirements List« (NSRL) sicherzustellen. Es handelte sich um eine Wunschliste der Intelligence Community der USA für die weltweite fernmelde- bzw. elektronische Aufklärung. Federführend bei der Erstellung dieses Dokuments war die NSA. Darin fixiert waren das Interesse aller US-Geheimdienste, des Weißen Hauses und einiger Regierungsorgane, etwa des Außen- und des Energieministeriums, an spezifischen Informationen aus bestimmten Regionen und Ländern. Verlangt wurden detaillierte Daten zur Außen-, Innen-, Wirtschaftspolitik, über die Potenzen an strategischen Rohstoffen, die Streitkräfte, das Vorhandensein von Massenvernichtungswaffen, Erkenntnisse aus der Grundlagenforschung (vor allem in solchen Bereichen, bei denen die USA unangenehme Überraschungen fürchtete), spezielle Rüstungsforschungen, Entwicklungen in der Energiepolitik etc. Und natürlich verlangte man auch Auskünfte über die Tätigkeit der Geheimdienste jener Länder.

Durch diese Liste, von unseren Kundschaftern besorgt, erhielten wir Kenntnis von den geheimen Informationsinteressen der USA an jedem einzelnen Land der Erde und wie diese bedient werden sollten. Wir hatten somit die Möglichkeit, darauf prophylaktisch zu reagieren und uns (und unsere Verbündeten) zielgerichtet vor den Angriffen der US-Geheimdienste zu schützen.

Darüber berichtete Oberst a. D. Klaus Eichner, Chefanalytiker der HV A, in seinem Buch »Imperium ohne Rätsel. Was bereits die DDR-Aufklärung über die NSA wusste«. Das wurde, wie üblich, als reine DDR-Propaganda und als »Rechtfertigungsschrift« abgetan – bis im Mai 2014 eine Podiumsdiskussion in den Räumen der Bundeszentrale für politische Bildung in Berlin stattfand. Daran nahm auch William Binney teil, der 32 Jahre lang bei der NSA unter anderem als Technischer Direktor gearbeitet hatte, ehe er nach Nine Eleven hinwarf. Ins Zentrum des Gespräches rückte bald jene »National SIGINT Requirements List«. Binney und andere Diskutanten bestätigten, dass dieses Arbeitsprogramm der US-Führung unverändert existiere und laufend aktualisiert werde. Und die Diskussion der Experten offenbarte ferner: Kern des Problems ist der Drang der Großmacht USA, ihren globalen Herrschaftsanspruch mit Hilfe ihrer Nachrichtendienste gegen Feind wie Freund durchzusetzen. Dieser Überzeugung war die DDR seinerzeit aus politischen Gründen – unsere Aufklärer brachten dafür fortgesetzt die Beweise.

Klaus Eichner, sonst in der Regel ausschließlich mit einer untergegangenen und geschmähten DDR-Institution in Verbindung gebracht, wurde nach dieser Gesprächsrunde in einem Hamburger Nachrichtenmagazin plötzlich als »ehemaliger DDR-Offizier« bezeichnet. Das war nicht falsch. Aber eben nur die halbe Wahrheit: Klaus Eichner war Offizier in der Hauptverwaltung Aufklärung des Ministeriums für Staatssicherheit, dem er von 1957 bis 1990 angehörte. Er wurde auf einmal als seriöser, kundiger Fachmann behandelt und als gleichberechtigter Gesprächspartner akzeptiert. Aber dass er Mitarbeiter des MfS war, das behielt man lieber für sich.

Dokumentendiebstahl

Im Juni 1990 waren alle US-Unterlagen mit Blaulicht und bewaffnetem Schutz der Volkspolizei zur Archivierung in die Normannenstraße, der einstigen MfS-Zentrale, gefahren worden. Darunter jene 13.088 Blatt, die zum Komplex NSRL von unseren Kundschaftern und ihren Quellen zusammengetragen worden waren. In den Abendstunden des 4. Oktober 1990 – am ersten Arbeitstag nach dem Ende der DDR – durchsuchte im Auftrag der Bundesanwaltschaft ein Spezialkommando des BKA mit vier Beamten und zwei Technikern das Archiv.

25 Jahre später berichteten verschiedene Quellen, darunter auch der *RBB* im Januar 2014, dass diese und andere Maßnahmen im Auftrage des seinerzeitigen Bundesinnenministers Wolfgang Schäuble erfolgt waren. Um die Berliner Polizei damit nicht zu belasten, sei der Bundesgrenzschutz mit der Besorgung bestimmter Akten beauftragt worden. Diese wurden ungesichtet umgehend nach Übersee ausgeflogen, womit auch der Auftraggeber für diesen Diebstahl genannt war: die USA. Wie es im *Spiegel* 30/1999 dazu hieß: »Washington hatte ganz ordentlich Druck in Bonn gemacht – schließlich trugen etliche der Dokumente Stempel der höchsten amerikanischen Geheimhaltungsstufen Top Secret und Top Secret Umbra.« Den Grund für diesen Druck nannte das Nachrichtenmagazin auch: »Sie waren der Beweis dafür, wie ungeniert die Amerikaner (…) Spionage betrieben – auch gegen die Westdeutschen.«

Als die NSA-Akten das einstige MfS-Archiv verließen und in die USA ausgeflogen wurden, verschwanden sie auf Nimmerwiedersehen, wodurch es unmöglich gemacht wurde, schon damals den US-Amerikanern schwarz auf weiß zu beweisen, wie sie gegen die DDR und gegen die Bundesrepublik Deutschland in den 70er und 80er Jahren spioniert hatten. Die Spuren waren erfolgreich beseitigt worden.

So wie man seit einem Vierteljahrhundert eifrig dabei ist, die Spuren der Kundschafter zu eliminieren. Das wird aber nicht gelingen, solange es die Erinnerung gibt und Bücher. Sie dokumentieren die Arbeit, die Haltung und die Motive von Frauen und Männern, die sich dafür engagierten, dass Frieden blieb – indem sie für den Friedensstaat DDR kundschafteten, politische, wirtschaftliche, wissenschaftlich-technische, militärische und geheimdienstliche Institutionen des Klassengegners ausforschten, uns warnten oder halfen, unser Land und seine Verbündeten ökonomisch zu stärken, indem sie die Lücken schlossen, die der Gegner schlug, um uns zu schwächen. Markus Wolf (1923–2006), der die Hauptverwaltung Aufklärung aufbaute und sie bis 1986 erfolgreich führte, erklärte zu Recht in einem Interview: »Wir haben ja nicht gegen Feindbilder operiert. Wir hatten wirkliche Feinde.« Und das verziehen ihm diese Feinde bis an sein Lebensende nicht. Als er in den 90er Jahren, nach allen Verfahren und Verurteilungen, ein Visum für die USA beantragte, wurde es ihm mit der Begründung vom U.S. Department of State verweigert, er habe eine terroristische Vergangenheit. (»Markus Wolf Ineligible for U.S. Visa Due to Terrorist Activity«, Daily Press Briefing vom 9. Juni 1997)

Wir wussten es damals, als wir der DDR dienten, und wir können es heute nicht übersehen, weil wir es täglich in den Nachrichten zur Kenntnis nehmen müssen: Sie sind die Terroristen. Unsere Kundschafter, die Topspione im Westen, haben zu ihrer zeitweiligen Bändigung beigetragen. Darauf können alle friedliebenden Deutschen unverändert stolz sein.

■ Werner Großmann: Generaloberst a. D., seit 1952 Mitarbeiter des Außenpolitischen Nachrichtendienstes (APN), der späteren Hauptverwaltung Aufklärung des MfS, Chef der HV A von 1986 bis 1989, Stellvertretender Minister

■ Wolfgang Schwanitz: Generalleutnant a. D., Angehöriger des MfS seit 1951, von 1986 bis 1989 Stellvertretender Minister, danach Leiter des Amtes für Nationale Sicherheit und in dieser Funktion Mitglied des DDR-Ministerrates

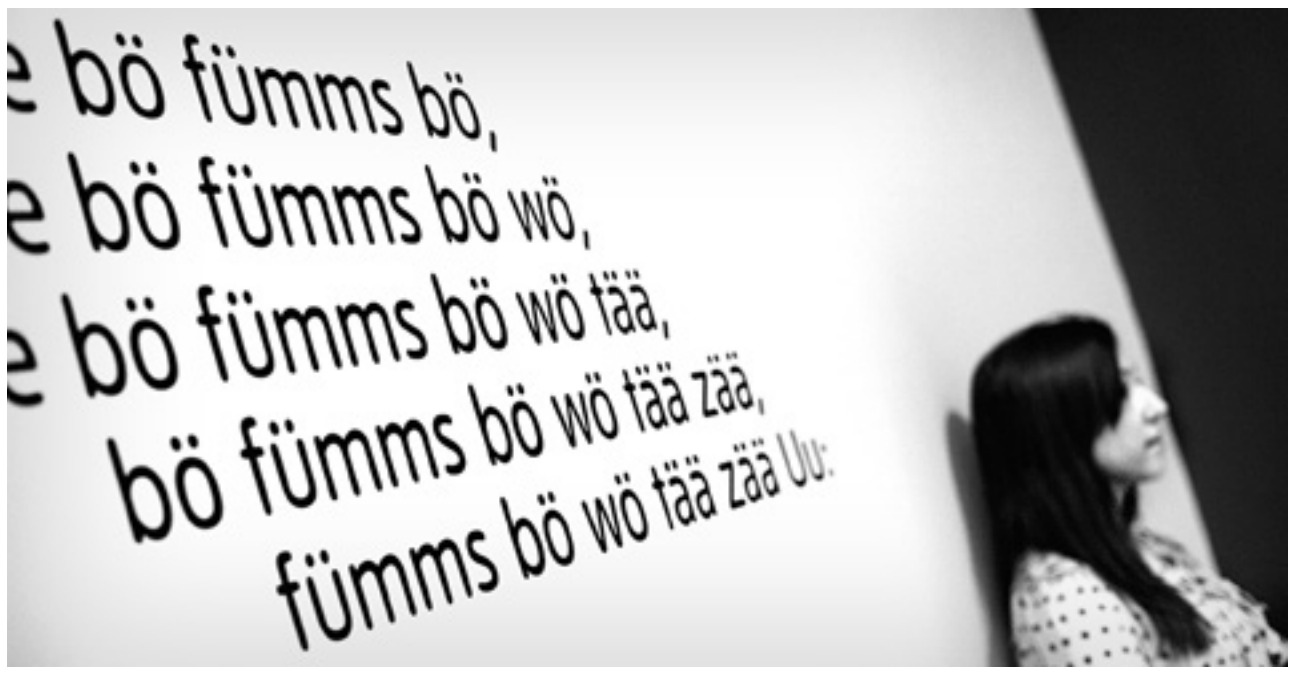
■ Klaus Eichner, Gotthold Schramm (Hrsg.): Top-Spione im Westen. Spitzenquellen der DDR-Aufklärung erinnern sich. Das Neue Berlin, 2016, 400 Seiten, 18,99 Euro, ab 15. Februar im Buchhandel

ON AIR

Die nächsten Tage im Radio

■ Von Rafik Will

Ursonaten



AP PHOTO/ALASTAIR GRANT

Kurt Schwitters ist der Autor des Lautgedichts »Ursonate«. Seinem Wirken im britischen Exil widmete sich 2013 eine Ausstellung der Londoner Galerie Tate Britain

Beim Telefonieren führt Baumanns Stimme am anderen Ende der Leitung ein für ihn unvorteilhaftes Eigenleben – das ist ist aber nur eine von vielen Schwierigkeiten, mit denen es der Protagonist von Eugen Egners ■ **»Zu jung für eine eigene Hose«** (*WDR* 2012; Di., 9.2., 19 Uhr, *WDR 3* und 23 Uhr, *WDR 1Live*) zu tun bekommt. Den Folgen eines der NATO-Kriege in jüngerer Zeit widmet sich Bettina Rühl in ihrem Feature ■ **»Libyen – Eine Reise in den Abgrund«** (*DLF*/*SWR* 2016; Ursendung Di., 9.2., 19.15 Uhr, *DLF*).

Eine energiegeladene, aggressiv komische Absage an Erwartungen, die mit angeblich modernen Frauenbildern verknüpft sind, findet sich in Sibylle Bergs Hörspiel ■ **»Und jetzt: die Welt! Oder: Es sagt mir nichts, das sogenannte Draußen«** (*MDR* 2015; Di., 9.2., 21 Uhr, *ORF Ö1*). Mit der Kybernetik in der DDR befassen sich Dietmar Dath und Thomas Gebel im Feature ■ **»Deutsches Demokratisches Rechnen – Die Geschichte einer abgebrochenen Computerrevolution«** (*RBB* 2015; Mi., 10.2., 0 Uhr, *DKultur*).

Gehirnwellen direkt in Popsongs umwandeln? Kein Problem für den mit Spezial-Gimmicks ausgestatteten Orpheus in Felix Kubins ■ **»Orphée Mécanique«** (*BR* 2006/2012; Mi., 10.2., 19 Uhr, *WDR 3*). Beim Theaterkollektiv Andcompany & Co. arbeitet ■ **»Orpheus in der Oberwelt«** (*WDR* 2015; Fr., 12.2., 22 Uhr, *RBB Kulturradio*) gegen die Abschottung der Festung Europa.

Mit einem unheilschwangeren Titel kommt Chris Thorpes ■ **»Möglicherweise gab es einen Zwischenfall«** (*SRF* 2016; Ursendung Mi., 10.2., 20 Uhr, *SRF 2 Kultur*) daher. Sein ■ **»Confirmation – Bestätigung«** (*SWR* 2015; Sa., 13.2., 20 Uhr, *DLF*) wurde im vergangenen November von der Jury der Deutschen Akademie der Darstellenden Künste als Hörspiel des Monats ausgezeichnet. Beide hat Katharina Schmitt aus dem Englischen übersetzt.

Hermann Bohlens Hörspiel über das Hörspielmachen ■ **»Schalltot oder lebendig«** (*NDR*/*SWR* 2015/2016; Ursendung Mi., 10.2., 20 Uhr, *NDR Kultur*; Wdh. So., 14.2., 18.20 Uhr, *SWR 2*) hatte letztes Jahr Live-Premiere bei den *ARD*-Hörspieltagen und kommt jetzt ins Radio. Dieses Medium können auch ASMR-Menschen freudig nutzen, denn in Claire Tolans ■ **»Always here for you«** (*DKultur*/CTM Festival/Goethe Institut/*ORF Ö1* u.a. 2015; Fr., 12.2., 0 Uhr, *DKultur*) geht es um sanfte Stimmen, die im Kopf kitzeln. Außerdem gibt es eine Lesung aus der Autobiographie des südafrikanischen Kommunisten ■ **»Denis Goldberg«** (Fr., 12.2., 8 Uhr, *FSK*).

Joachim Büthe beschäftigt sich in ■ **»Wir fordern die Erweiterung und Eroberung aller unserer Sinne«** (*DLF* 2014; Fr., 12.2., 20 Uhr, *DLF*) mit dem »Universalgelehrte(n) und geniale(n) Dilettant(en) Raoul Hausmann«. Von Hausmann selbst gibt es auf *Bayern 2* tags darauf in der Themenreihe »Dada 100« das Hörspiel ■ **»Hyle – Ein Traumsein in Spanien«** (*BR* 2007; Sa., 13.2., 15 Uhr). Weiter geht's im Geburtstagsprogramm mit einer Adaption von Kurt Schwitters' ■ **»Die Ursonate«** (*BR*/*WDR* 1989; Fr., 12.2., 21 Uhr, *Bayern 2*) und Florian Felix Weyhs »langer Nacht« ■ **»Von Ursonaten und anderen Tönen – 100 Jahre internationaler Dada«** (Wdh. vom 23./24.6.1995; Sa., 13.2., 0 Uhr, *DKultur* und 23 Uhr, *DLF*).

Als *DLF*-Mitternachtskrimi kommt diese Woche Christian Hussels ■ **»Horn durch Brust«** (*DKultur* 2015; Sa., 13.2., 0 Uhr). Die *jW*-Autorin Karin Leukefeld ist mit dem Feature ■ **»Damaskus mon amour – Fünf Freunde in Syrien«** (*WDR* 2015; Sa., 13.2., 18 Uhr, *DKultur*) zu hören.

Ein islamisiertes Frankreich der Zukunft ist Handlungsort von Michel Houellebecqs Roman ■ **»Unterwerfung«** (*SWR* 2015; Teil 1 von 3 Sa., 13.2., 21 Uhr, *SRF 2 Kultur*), während Till Müller-Klugs Therapie-Comedy ■ **»Ich als Großprojekt«** (*WDR* 2015; So., 14.2., 14 Uhr, *hr 2 Kultur*) in der deutschen Hauptstadt angesiedelt ist.

Walter Serner gibt in ■ **»Letzte Lokkerung«** (*BR* 2012; So., 14.2., 15 Uhr und Mo., 15.2., 20 Uhr, *Bayern 2*) Ratschläge für angehende Hochstapler. Im Hörspiel ■ **»Illegale Helfer«** (*WDR* 2015; So., 14.2., 17 Uhr, *WDR 5* und Mo., 15.2., 19 Uhr, *WDR 3*) von Maxi Obexer und Lars Studer wird soziales Engagement dokumentarisch gewürdigt. Schließlich belauscht Roland Söker in ■ **»Marsianer in Grover's Mill!«** (*DLF* 2013; So., 14.2., 20 Uhr, *DLF*) »die wundersame Welt der Medienfakes«.

■ Medien

NACHSCHLAG

■ **Weltspiegel/Anne Will**
| So., ab 19.20 Uhr, ARD

Aus der Hölle

Wieder war »Anne Will« der »Flüchtlingskrise« gewidmet, und wieder wollte man über deren Ursachen nicht reden. Als Oskar Lafontaine versuchte, auf die Auswirkungen der europäischen Agrar- und Handelspolitik aufmerksam zu machen und von »Rohstoffkriegen« sprach, sah Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen ihn mit großen Augen an und verwies auf die Greuel des »Islamischen Staats«, so als ob dieser mit den Kriegen in Nahost begonnen hätte. Als weitere Fluchtgründe wurden die syrische Offensive bei Aleppo und Schleuser genannt. Ein anderes Bild vermittelte der »Weltspiegel«. *ARD*-Korrespondent Stefan Schaaf war dorthin gefahren, wo ein Teil der Migranten herkommt, von denen es heißt, dass sie zu Unrecht in Europa Schutz suchen: nach Marokko. In den Elendsquartieren des Landes fand er eine »dunkle« Realität vor, geprägt von einem Überlebenskampf, in dem Mitgefühl keine Rolle mehr spielt. Wer möchte den Menschen, die in dieser Hölle leben, verdenken, dass sie einfach nur weg wollen? (jt)

VORSCHLAG

Verdun – Sie werden nicht durchkommen!

Vor 100 Jahren, am 21. Februar 1916, startete die 5. Armee des deutschen Heeres den Angriff auf die französischen Stellungen vor Verdun. Ende des Jahres war sie wieder auf ihre Anfangsposition zurückgeworfen. In dem ehemaligen Kampfgebiet liegen 40 französische und 30 deutsche Soldatenfriedhöfe. Insgesamt 170.000 Gefallene sind dort begraben. Aber aufhören – von wegen!

■ Arte, 20.15

37°: Sugardaddy

Suche Jugend – biete Geld

Andy-Warhol-Regel: Attraktivität wird getauscht. Kategorien: Alter, Status, Geld. Der Mann wusste was.

■ ZDF, 22.20

Wem gehört der Osten? (1/3)

Die Stadt

Die dreiteilige Dokumentation – Bestandsaufnahme 25 Jahre nach dem Ende der DDR – beginnt mit der Stadt. Anders als im Westen Deutschlands leben die meisten Eigentümer ostdeutscher Immobilien nicht in den dortigen Zentren. Wohnungen in attraktiver Stadtlage sind oft Kapitalanlage. In Sachsens Landeshauptstadt wurde 2006 der gesamte Bestand an kommunalen Wohnungen verkauft: 48.000 Wohnungen gingen an eine US-amerikanische Aktiengesellschaft. Dresden war damit schuldenfrei, aber was geschah mit den Mietern? Aber nicht nur von den Großen im Haifischbecken erzählt die Dokumentation, sondern auch von der kleinen Kurstadt Bad Liebenstein. Irgendwann aber holen wir uns alles zurück. Wenn wir das mit dem »wir« geklärt haben. Teil 2 »Das Land« am 16. Februar, »Die Heimat« folgt am 23. Februar. ■ RBB, 22.45

ARTE FRANCE/ MÉMORIAL DE VERDUN

Französische Soldaten in einem Schützengraben während der Schlacht um Verdun 1916: »Verdun – Sie werden nicht durchkommen

Der Mann, der Gott verklagte

Sehr hübsch: Steve Myers war früher Anwalt, doch er hat sich aus dem Beruf zurückgezogen, um sich ganz seinem Hobby, der Fischerei, zu widmen. Als sein Boot von einem Blitz getroffen und zerstört wird, fordert er die Übernahme des Schadens durch seine Versicherung. Doch die weigert sich mit dem Verweis auf eine »höhere Gewalt«. Steve will sich damit nicht abspeisen lassen, lässt sich wieder als Anwalt anerkennen und zieht vor Gericht – gegen niemand geringeren als die »höhere Gewalt« in Form von Gott bzw. dessen Stellvertreter auf Erden, die katholische Kirche. Und tatsächlich gibt das Gericht der abstrusen Anklage statt. ■ Bayern, 23.40

■ Veranstaltungen

Migration, Rechtsentwicklung und die Linkspartei. Informations- und Diskussionsveranstaltung mit Ulla Jelpke (MdB Die Linke) heute, 9.2., 19 Uhr, Büro der Linken Altona, Am Felde 2, Hamburg. Infos: www.akl-hamburg.de

Frankreich ehrt die Toten von Paris – mit noch mehr Krieg, wie denn sonst?! Islamisten ermorden 130 Menschen in Paris – die Staatsgewalt erklärt sich zum Opfer und schlägt zurück: Der französische Imperialismus läutet eine neue Runde des »Kriegs gegen den Terror« ein. Aber was unterscheidet die Pariser Gewaltopfer von den Opfern gleichartiger blutiger Großaktionen anderswo? Vortrag und Diskussion mit U. Taraben (Redaktion *Gegenstandpunkt*) heute, 9.2., 19.30 Uhr, Mehringhof, Versammlungsraum (1. Etage), Gneisenaustr. 2 a, Berlin

Staatsterror und der Kampf um demokratische Autonomie. Vortrag zur aktuellen Situation in Bakur (Nordkurdistan/Türkei) mit Rolf Becker (Schauspieler aus Hamburg). Mittwoch, 10.2., 18.30 Uhr, Centro Sociale, Sternstraße 2, Hamburg. Infos: tatortkurdistan.blogsport.de/

Kriegschaos im Orient – Wer sind die Brandstifter – Wie sind sie zu stoppen? Wer steuert unser Land und Europa wohin? Was wird hinter dem hilflosen Streit über die hier ankommenden Flüchtlinge verborgen? Gesprächsforum mit Karin Leukefeld (Korrespondentin u. a. für *jW* in Damaskus), Alexander Neu (MdB Die Linke) und anderen. Heute, 9.2., 15 Uhr, Münzenberg-Saal im Bürogebäude, Franz-Mehring-Platz 1, Berlin

■ termine@jungewelt.de

DIE TAGESZEITUNG junge Welt
Ladengalerie
Galerie · Buchhandlung · Treffpunkt
Torstr. 6 · 10119 Berlin · Mo. bis Do. 11–18 Uhr, Fr. 10–14 Uhr
www.jungewelt.de/ladengalerie

DONNERSTAG, 18.2., 19.00 UHR ■ Premiere

Brecht in der DDR: »Um uns selber müssen wir uns selber kümmern«
Pietschs 19. Brecht-Abend
Premiere des neuen Programms von Gina Pietsch und Christine Reumschüssel
Eintritt: 6,00 €/ermäßigt: 4,00 €
Eine Veranstaltung in Kooperation mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung
Um Anmeldung unter 0 30 / 53 63 55-56 oder mm@jungewelt.de wird gebeten.

»Jahr der Straße«

Niederländische Metallgewerkschaft mobilisiert kurzfristig zu Streiks. Sie will so Interventionsmöglichkeiten der Konzerne einschränken. **Von Gerrit Hoekman**

FNV BONDGENOTEN/FLICKR.COM/CC BY 2.0

Die Metaller probieren viel, um ihre Arbeitskämpfe wirksamer zu machen

Die größte niederländische Gewerkschaft FNV (Federatie Nederlandse Vakbeweging) hat die moderne Kommunikationstechnik für den Arbeitskampf entdeckt. Mit SMS sollen die über eine Million Mitglieder in Zukunft kurzfristig darüber informiert werden, wo die nächste Arbeitsniederlegung ansteht. Durch die schnelle Mobilisierung haben die Bosse kaum Zeit zu reagieren. Präzisionsstreik nennt das die Gewerkschaft. Oft reicht nämlich eine Handvoll Beschäftigte an den Schaltstellen, um ganze Betriebe lahmzulegen – besonders wichtig, wenn die Bereitschaft zum Ausstand niedrig ist.

So wie beim Lkw-Hersteller Scania in Zwolle, wo die Belegschaft offenbar nur schwer für Aktionen zu gewinnen ist. Besonders bei den zahlreichen Zeitarbeitern ist der Wille, den Streik zu unterstützen, gering. »Die Folgen von vier Streiktagen bei Scania sind in den vergangenen Monaten begrenzt geblieben, unter anderem weil der Betrieb vorher wirksame Maßnahmen ergriffen hat«, schrieb die Lokalzeitung *De Stentor*. Genau der richtige Betrieb also, um die neue Hightech-Waffe der Gewerkschaft einzusetzen. Deshalb sammelt die FNV dort im Moment die SMS-Adressen ihrer Mitglieder und aller anderen Streikwilligen.

Beim Flugzeugteile-Produzenten Fokker in Papendrecht hat die FNV die schnelle Eingreiftaktik Ende Januar schon ausprobiert. »In einem Staffelstreik legen die Arbeitnehmer in verschiedenen Abteilungen abwechselnd die Arbeit nieder«, meldete die FNV nach fünf Tagen zufrieden auf ihrer Internetseite. Ohne Vorankündigung streikten erst die Kolleginnen und Kollegen in der Montage, wo gerade Teile für den Airbus A 350 hergestellt werden. Danach traten die Lackierer in den Ausstand. Jedes Mal standen deshalb auch in anderen Bereichen des Betriebes die Maschinen still. »Die Direktion rauft sich die Haare und setzt Werktätige unter Druck, die verlorenen Produktionstage am Wochenende wettzumachen«, berichtete Richard Moti von FNV Metaal Rotterdam.

Seit einem Dreivierteljahr kämpfen die niederländischen Metaller um einen neuen Tarifvertrag. Am vergangenen Wochenende hat die Gewerkschaft die Beschäftigten in mehr als 50 Betrieben in den nördlichen Provinzen Drenthe, Groningen und Friesland aufgerufen, ab Montag in den Streik zu treten. Am Freitag hatte die FNV der Presse mitgeteilt: »Voraussichtlich werden mehr als 1.200 Menschen die Arbeit für einen anständigen Tarifvertrag ›Metalektro‹ (Großmetall) niederlegen. Wichtigste Streitpunkte sind die größere Kontrolle über die eigene Arbeitszeit und ein höherer Lohn«. Die Aktion wird wie in der Vergangenheit auch vom kleineren Christlich Nationalen Gewerkschaftsverband (CNV) unterstützt. Nach Angaben des niederländischen Sender *NOS* beteiligten sich rund 1.900 Beschäftigte an dem Ausstand. Damit sei es der größte Metallerstreik im Norden des Landes.

Der Streik ist ein letzter Warnschuss für die Konzerne, bevor voraussichtlich am Mittwoch die seit Wochen ruhenden Lohnverhandlungen wieder aufgenommen werden. Der Arbeitskampf soll währenddessen jedoch weitergehen, kündigte die FNV an. So lange, bis ein vernünftiger Vorschlag der Großmetallindustrie auf dem Tisch liegt. Allzu große Hoffnungen auf ein Ende der Arbeitskampfes will die FNV ihren Mitgliedern jedoch nicht machen. »Gewerkschaften und Arbeitgeber liegen noch meilenweit auseinander«, hieß es in einer Presseerklärung.

Im letzten Jahr sind unsere Nachbarn im Westen deutlich häufiger in den Ausstand getreten als gewöhnlich. »In den Niederlanden tun wir das nicht so viel, aber wenn es passiert, dann ist es auch echt nötig. Streik ist das ultimative Mittel, um in einer ungleichen Position zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern Resultate zu erreichen«, stellte Metallgewerkschafter Jos Brocken vergangene Woche beim Radiosender *BNR* fest. Die FNV hat deshalb 2015 zum »Jahr der Straße« ernannt. »Immer mehr Menschen sehen, dass man mit Aktionen etwas erreicht«, sagte Gewerkschafterin Mariette Patijn in derselben Sendung.

In den Niederlanden ist der Konsensgedanke in fast allen gesellschaftlichen Bereichen traditionell stark verankert. Der ewig währende Kampf gegen das Meer schweißt die Bewohner des kleinen Landes seit Generationen zusammen. Schon im Mittelalter mussten die Stände gemeinsam Polder trockenlegen, Deiche und Dämme bauen und sie instand halten. Deshalb nennt man in den Niederlanden die auf Eintracht und Mäßigung ausgerichtete Zusammenarbeit zwischen Konzernvertretern und Gewerkschaften »Poldermodell«. Der Staat mischt sich normalerweise nicht ein.

Die großen metallverarbeitenden Konzerne-Branche scheinen sich jedoch nicht mehr an das Poldermodell halten zu wollen. Nachdem der alte Tarifvertrag im Frühjahr vergangenen Jahres ausgelaufen ist, sind die zirka 150.000 Beschäftigten ohne einen neuen gültigen. Mehrere Verhandlungsrunden scheiterten einerseits an lächerlichen Lohnangeboten, andererseits aber auch am Wunsch einzelner Firmen, im nächsten Vertrag mehr Rücksicht auf ihre Bedürfnisse zu nehmen. Wesentliche Details sollen demzufolge in Zukunft auf Betriebsebene ausgehandelt werden. Flexibilität und Maßarbeit sind die Schlagworte. Oder wie es die christliche Gewerkschaft CNV sarkastisch nennt: »Kommen und gehen, wenn der Chef pfeift«.

Gewerkschaftslob für EU-Parlament

Ver.di sieht in Votum des Plenums Chance, Dienstleistungsabkommen zu verändern

Internationale Handels- und Dienstleistungsabkommen stehen bei den Gewerkschaften meist hart in der Kritik. Sie befürchten auf diesem Umweg eine Aufweichung unter anderem des Beschäftigtenschutzes. Entsprechend gab es am Donnerstag von ver.di ein Lob für das EU-Parlament. Es hatte beschlossen, das sogenannte TiSA-Abkommen (Trade in Services Agreement, Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen) nicht zu unterstützen, wenn es auch öffentliche Dienstleistungen einbezieht und Arbeitsschutznormen untergräbt. Welche Auswirkungen das auf die konkreten Verhandlungen haben wird, ist noch unklar. TiSA wird seit 2012 von etlichen Parteien ausgehandelt, unter ihnen die USA und die EU.

»Es kann nicht sein, dass globale Konzerne über Abkommen wie TiSA einfach Standards setzen. Mitgliedsstaaten müssen auch weiterhin die uneingeschränkte Möglichkeit haben, darüber zu entscheiden, welche Dienstleistungen sie wie regulieren wollen«, fasste der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske die Haltung der Gewerkschaft in einer Pressemitteilung zusammen. Für ihn bedeutet das Votum des Parlaments, dass das Abkommen in der vorliegenden Form nicht zustimmungsfähig ist.

Unter anderem sieht TiSA vor, dass nur wenige Branchen und Dienstleistungen mittels einer Negativliste von dem Handelsabkommen ausgenommen werden. Das ist auch bei vergleichbaren Verträgen wie TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership, »Freihandelsabkommen« zwischen der EU und den USA) und CETA (Comprehensive Economic and Trade Agreement, »Freihandelsabkommen« zwischen der EU und Kanada) Verhandlungsstand. Dieses Vorgehen hat den Nachteil, dass Leistungen, die noch nicht klar zu definieren sind, auch nicht ausgenommen werden können. Und alles, was nicht auf der Negativliste aufgeführt wird, ist per Definition Teil des Vertrags. Die Gewerkschaften und andere zivilgesellschaftliche Akteure fordern deshalb seit langem, dass bei entsprechenden Abkommen eine Positivliste angewandt wird. Dafür müsste klar benannt werden, welche Produkte und Dienstleistungen von dem Werk erfasst werden. Lediglich für diese würden dann die ausgehandelten Regeln gelten. »Nur so lässt sich verhindern, dass künftige Dienstleistungen, die sich erst noch entwickeln, automatisch dem Freihandelsregime unterworfen werden«, betonte Bsirske.

Erforderlich seien nicht nur die Anerkennung von internationalen Arbeitsschutznormen, sondern auch ihre Durchsetzbarkeit und Sanktionen bei Verstößen sowie die Anpassung von Sozial- und Umweltstandards auf dem höchsten Niveau, die Sicherung von Mitbestimmungsrechten in transnationalen Unternehmen ebenso wie der Schutz persönlicher Daten, von Verbraucher- und Urheberrechten. »Die vom Parlament vorgegebenen Mindestanforderungen müssen auch die Messlatte für die Ratifikation von CETA sein. Hier nehmen wir das Parlament in seine Verantwortung«, so Bsirske. (jW)

■ Lesetips

Bewegung in Kliniken

Viele Jahre galten Arbeitskämpfe im Krankenhaus als unmöglich. Das hat sich geändert. Heute ist das Gesundheitswesen eine der Branchen, in denen ver.di nicht nur Mitglieder gewinnt, sondern auch handlungsfähiger wird. Dies hat sich 2015 beim erfolgreichen Erzwingungsstreik an der Berliner Charité gezeigt, aber auch bei etlichen bundesweiten Aktionen für mehr Personal, wie ein Beitrag im aktuellen *Express. Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit* rekapituliert. Die saarländische Krankenschwester Sara Katsani macht darin auch deutlich, dass sich ver.di inhaltlich bewegt: Bei ihrem Bundeskongress hat die Dienstleistungsgewerkschaft einen bemerkenswerten Antrag verabschiedet, in dem sie sich unter anderem für das »gemeinwirtschaftliche Prinzip«, gegen Privatisierungen und für die Rückführung privatisierter Einrichtungen in die öffentliche Hand ausspricht. Auch dem marktorientierten Finanzierungssystem über Fallpauschalen (Diagnosis Related Groups, DRG) erteilte der ver.di-Kongress eine grundsätzliche Absage.

Die Autorin berichtet, dass sich einige Krankenhausbelegschaften auf den Weg machen, dem Beispiel der Charité zu folgen. Im Saarland plant ver.di einen, so die Aussage von deren zuständigem Sekretär Michael Quetting, »Streik wie keinen zuvor«. Um eine Entlastung der Beschäftigten per Tarifvertrag durchzusetzen, will die Gewerkschaft alle Träger zu Verhandlungen auffordern und ggfs. in bislang ungekannter Größenordnung streiken: »Wir schließen ein Haus für jeweils eine Woche komplett. Wir kündigen das früh genug vorher an. In der ersten Woche ein Krankenhaus, in der zweiten Woche zwei Krankenhäuser, in der dritten Woche vier Krankenhäuser, dann sechs usw.«, so Quetting. (dab)

■ *Express – Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit*, 1/2016, 16 Seiten, 3,50 Euro.
www.labournet.de/express

Fehlentwicklungen in Europa

Mit den Fehlentwicklungen in Europa beschäftigt sich ein Schwerpunktheft der *WSI-Mitteilungen* der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung. Die Autoren stellen fest, dass die zunehmende soziale Spaltung des Kontinents mit einer beispiellosen Schwächung von Beschäftigtenrechten einhergeht: Im Zuge ihrer Krisenpolitik habe sich die EU-Kommission in die Lohn- und Tarifpolitik eingemischt und Einkommenskürzungen diktiert. In Griechenland, Spanien und Portugal wurde ein dramatischer Rückgang der Tarifbindung durchgesetzt. Welche Folgen das hat und welche Alternativen es gibt, wird von verschiedenen Autoren diskutiert. (dab)

■ *WSI-Mitteilungen* 1/2016, Jahresabo: 92,40 Euro (Studierende: 49,80 Euro).
www.wsi-mitteilungen.de

Fußball
»Icke« steht auf

Berlin. Welt- und Europameister Thomas »Icke« Häßler wird im Sommer Trainer des Berliner Bezirksligisten Club Italia. »Man muss geil darauf sein, so schnell wie möglich nach oben zu kommen. Dafür werde ich Tag und Nacht arbeiten«, versprach Häßler bei seiner Vorstellung in einem Berliner Autohaus. Der 101malige Nationalspieler habe »als ehemaliger Italien-Legionär und geborener Berliner (…) perfekt ins Anforderungsprofil« gepasst, sagte der Sportdirektor des Achtligisten, Eric Meissner. Vor drei Jahren spielten die Charlottenburger noch in der sechsten Liga. Als sie nach der Hinrunde am Tabellenende lagen, verabschiedete sich mit dem Hauptsponsor die komplette erste Mannschaft. Die Reserve aus der zehntklassigen Kreisliga B spielte die Saison tapfer zu Ende, gewann keinen Zähler mehr, hatte am Ende eine Tordifferenz von minus 207. Mit dem ehemaligen Weltstar Häßler soll es nun aufwärts gehen. »Ich bin nur froh, dass ich wieder einen Job habe. Zu Hause rumsitzen, ist nicht mein Ding«, erklärte der 49jährige, der zuletzt Technischer Direktor beim iranischen Erstligisten Padideh Maschad war. (sid/jW)

Beachvolleyball
Für alle Geschlechter

Teheran. Beim Auftakt der Beachvolleyballsaison auf der iranischen Insel Kish Island sollen Zuschauerinnen zugelassen sein, obwohl der Besuch von Volleyballspielen Frauen landesweit weiter verboten ist. Die Organisatoren der Veranstaltung hätten zugesagt, »dass das Turnier für alle Fans offen ist, für alle Altersgruppen und alle Geschlechter«, teilte der Weltverband FIVB mit. Eine solche Ausnahmegenehmigung sei Voraussetzung für die Durchführung des Turniers gewesen. Im Juni 2014 war eine Studentin im Iran bei dem Versuch verhaftet worden, sich ein Volleyballspiel anzuschauen. Der FIVB hatte dem Land daraufhin die Ausrichtung von Wettbewerben untersagt. Im vergangenen Juni sollte es Iranerinnen beim World-League-Spiel gegen die USA erlaubt sein, in die Halle zu kommen. Sie wurden aber entgegen der Ankündigung doch am Einlass gehindert. (sid/jW)

American Football
Defence from Denver

Santa Clara. Die Denver Broncos haben den 50. Super Bowl gewonnen. Das Team um Quarterback Peyton Manning (39) feierte im Finale der National Football League (NFL) einen 24:10-Erfolg gegen die Carolina Panthers. Ausschlaggebend war die starke Defensive der Broncos. (sid/jW)

A.P. PHOTO/IVAN SEKRETAREV

Ein ordentlich korrupter Profisport? Schön wär's! Scharapowa/Kusnetzowa in Moskau

Ein schlechter Witz

Von Gummibärchen und Schunkelschlagern: Das Fed-Cup-Wochenende. **Von Peer Schmitt**

Das zäheste Match des langen Fed-Cup-Wochenendes lieferten sich Richèl Hogenkamp und Swetlana Kusnezowa am Samstag beim Viertelfinale der »World Group« in Moskau zwischen Russland und den Niederlanden. Es dauerte drei Stunden und 49 Minuten und war damit das längste Match in der Geschichte des Wettbewerbs überhaupt. Hogenkamp gewann 7:6, 5:7, 10:8, brachte die Niederlande mit 2:0 in Führung und hatte das Schicksal des Vorjahresfinalisten Russland damit so gut wie besiegelt.

Am Sonntag mittag schien Kusnezowa noch zu ausgelaugt, um Kiki Bertens ernsthaft Widerstand leisten zu können. Deren 6:1, 6:4-Erfolg bedeutete das 3:0 für die Niederlande. Es hatte sich gerächt, dass Russland mit Maria Scharapowa eine Spielerin für das Team nominiert hatte, die erklärtermaßen keineswegs gewillt war, auch nur einen Ballwechsel lang Tennis zu spielen. Sie war lediglich nach Moskau gekommen, um ihre obszönen Gummibärchen zu verkaufen und durch ihre – ansonsten zweckfreie – Nominierung die Qualifikationskriterien für die kommenden Olympischen Spiele zu erfüllen.

Was waren das noch für goldene Zeiten, als Tennis lediglich ein ordentlich korrupter Profisport war und mit den Olympischen Spielen nichts zu tun hatte. Tennis mag korrupt sein, aber Olympia ist für ganze Landstriche, Städte und Gemeinden nachweislich ruinös und zerstörerisch. Das Gehabe der PR-Existenz Scharapowa wiederum ist und bleibt ein schlechter Witz.

Obwohl aktuell mit nicht einer einzigen Spielerin in den Top 100 der Weltrangliste sind die Niederlande seit nunmehr acht Fed-Cup-Begegnungen in Folge (sprich seit 2013) unbesiegt. Nach dem beharrlichen Aufstieg (gleichsam von der Regionalliga in die Champions League) treffen sie nun im Halbfinale Mitte April auf das französische Team, das in Marseille die Italienerinnen 4:1 abfertigte.

In Leipzig empfing das deutsche Team die Schweiz. Alle Augen schienen auf die neue Weltranglistenzweite Angelique Kerber gerichtet. Die gewann ihr erstes Einzel gegen Timea Bacsinszky, deren Vorhandtechnik nicht anders denn als tragisch zu bezeichnen ist. Gegen eine so solide Gegnerin wie die Weltranglistenelfte Belinda Bencic ging Kerbers notorische Kontertaktik allerdings nicht auf. Die Schweizerin gewann 7:6, 6:3. Eine Vorentscheidung. Denn im entscheidenden Doppel wartete keine andere als die große Martina Hingis. Gemeinsam mit Bencic, die ganze 16 Jahre jünger ist und nicht zuletzt von Hingis' leiblicher Mutter Melanie Molitor(ova) trainiert wurde, ließ sie der deutschen Paarung keine Chance. Der Auftritt von Hingis hatte dabei einen Anflug von Arroganz. Er war nichtsdestotrotz von großer Schönheit.

Wer glaubt, Tennis könne nicht hässlicher werden als Bacsinszkys Vorhand oder die Schlagerschunkelmusik, die in Leipzig während der Spielpausen zum Einsatz kam, hat noch nie Simona Halep oder Monica Niculescu spielen sehen. Erstere ist ein Musterbeispiel für eine erbarmungslos variationslose Ballmaschine, letztere gibt dem alten Tennisbegriff des »Junkballing« (langsame Bälle mit seltsamen Spins, die Fehler provozieren sollen) eine neue, tragikomische Dimension. Die beiden empfingen in Cluj-Napoca mit dem rumänischen Team Tschechien. Ein antithetisches Duell, tschechisches Angriffstennis gegen Gemauer und Geschiebe. Der Gastgeber hatte – legitim und taktisch vernünftig – den langsamsten Hallenbelag der Welt verlegen lassen, der sich – so das tschechische Team – anfühlte wie Schmirgelpapier (tschechisch »smirglem«). Ähnlich wie im Finale 2015 gegen Russland erwies sich Karolina Pliskova als wichtigste Spielerin im tschechischen Team. Obwohl ihre Bilanz gegen Halep und Niculescu vor dem Wochenende bei 0:5 lag, gewann sie beide Einzel jeweils in drei Sätzen und dazu mit Barbora Strycoka auch noch das abschließende Doppel gegen Mitu/Olaru 6:2, 6:3. Der Titelverteidiger war der transsilvanischen Schmirgelhölle gerade noch mal entkommen und feierte seinen insgesamt 100. Sieg im Fed-Cup.

Der Ostler trifft nicht mehr ■ Aus den Unterklassen. Von Marek Lantz

Zehn Spiele, viermal keine Tore. Der Unterhaltungswert des Drittligaspieltags am Wochenende hielt sich in Grenzen. Vor allem in den Angriffsabteilungen der Ostvereine war Schmalhans aber mal so was von Küchenmeister, da half selbst hochgejazzte Derbyatmosphäre nichts. Sowohl beim Gastspiel von Tabellenführer Dynamo Dresden beim Halleschen FC als auch in Chemnitz, wo sich der 1. FC Magdeburg erfolglos versuchte, hieß es am Ende schnöde null zu null. Zumindest »viel Leidenschaft«, da waren sich die Coaches Karsten Heine (CFC) und Jens Härtel (FCM) hinterher einig, habe man den Zuschauern aufgetischt.

Jedoch: Der Ostler, man muss es einfach mal aussprechen, er trifft nicht mehr. Von den acht Ostklubs der fußballerischen Drittklassigkeit gingen gleich sieben leer aus. Einzig Erzgebirge Aue traf ins Schwarze, und zwar gleich doppelt. Die Erzgebirgler, eigentlich die ausgewiesenen Torminimalisten der Liga, gewannen im Duell der Zweitligaabsteiger beim VfR Aalen hochverdient mit 2:0 und verteidigten ihren zweiten Rang. Cebio Soukou und Steve Breitkreuz trafen nach der Pause. »Es war so, wie ich es erwartet hatte«, beschied Coach Pavel Dotchev hinterher unaufgeregt.

Zumindest einen Teilerfolg verbuchte auf torlose Weise Energie Cottbus beim traditionell als heimstark geltenden VfL Osnabrück. Energie blieb damit zwar unter Trainer Vasile Miriuta ungeschlagen, tritt aber nur knapp über den Abstiegsrängen auf der Stelle. Desaströs verlief der Sonnabend dagegen für Hansa Rostock. Beim zuletzt mausetot wirkenden Schlusslicht Stuttgarter Kickers verlor man 0:2 und liegt nur noch einen Zähler vor dem Kontrahenten.

Angesichts der drögen Drittligazeiten richten wir heute mal wieder den Blick auf unsere All-Time-Unterklassenkolumnendarlings vom SV Darmstadt 98. Nach dem 2:0 bei der TSG Hoffenheim am Sonntag scheint der Klassenerhalt des fußballerisch und ökonomisch deklassiertesten Mitbewerbers der Bundesligahistorie schon beinahe realistisch. Die Lilien haben zehn Punkte Vorsprung auf die Abstiegsränge. Sie bolzen auch in der Beletage weiter mit System humorlos die Bälle nach vorne und versprühen, ohne mit der Wimper zu zucken, das Gift des unterklassengestählten Zweikämpfers. Neu ins Portfolio dieses immer noch faszinierend anachronistisch wirkenden Fußballs hat Trainer Dirk Schuster, vom Fachmagazin *Kicker* unlängst völlig zu Recht zum »Mann des Jahres 2015« gekürt, eine an spanischen und italienischen Spielweisen geschulte Kultur des Zeitspiels integriert, das fast schon Aspekte professionellen Psychoterrors beinhaltet. Chapeau! Genau so gehört den Großkopferten zu Leibe gerückt!

Inzwischen mehren sich dann in der Journaille auch die Stimmen, die vom schmutzigen Unterklassenfußball der Lilien genervt sind. Diese Kolumne wird selbstredend nie dazu gehören. Bemerkenswert ist vor allem, dass mit Kapitän Aytac Sulu, der am Sonntag das 1:0 köpfte, Mittelfeldregisseur Jerome Gondorf und Sprinter Marcel Heller noch drei Spieler aus der Drittligazeit der Darmstädter in der Bundesliga-Stammelf stehen und dort prägende Figuren sind.

DIE TAGESZEITUNG junge Welt

Herausgeberin: Linke Presse Verlags- Förderungs- und Beteiligungsgenossenschaft junge Welt e. G. (Infos unter www.jungewelt.de/lpg). Die überregionale Tageszeitung *junge Welt* erscheint in der Verlag 8. Mai GmbH.
Adresse von Genossenschaft, Verlag und Redaktion: Torstraße 6, 10119 Berlin.
Geschäftsführung: Dietmar Koschmieder.
Chefredaktion: Arnold Schölzel (V. i. S. d. P.), Stefan Huth (stellv.).
Verlagsleiter: Peter Borak.

ZENTRALE: 0 30/53 63 55-0
AKTION: 0 30/53 63 55-10
ANZEIGEN: 0 30/53 63 55-38
ABOSERVICE: 0 30/53 63 55-81/82
LADENGALERIE: 0 30/53 63 55-56

FAX: 0 30/53 63 55-44
E-MAIL: redaktion@jungewelt.de
INTERNET: www.jungewelt.de
facebook.com/jungewelt
twitter.com/jungewelt

Redaktion (Ressortleitung, Durchwahl):
Wirtschaft & Soziales: Klaus Fischer (-20);
Außenpolitik: André Scheer (-70);
Innenpolitik: Sebastian Carlens (-26);
Interview: Peter Wolter (-35);
Feuilleton und Sport: Christof Meueler (-12);
Thema: Andreas Hüllinghorst (-65);
Leserpost: Lena Grünberg (-41/leserbriefe@jungewelt.de);
Bildredaktion: Sabine Koschmieder-Peters (-40);
Herstellungsleitung/Layout: Michael Sommer (-45);
Internet: Peter Steiniger (-32);

Marketing: Katja Klüßendorf (-16);
Aktionsbüro: Ingo Höhmann (-50);
Archiv/jW-Shop: Stefan Nitzsche (-37);
Anzeigen: Silke Schubert (-38);
Vertrieb/Aboservice: Jonas Pohle (-82);
Ladengalerie: Michael Mäde (-56).
Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.
Abonnements, Adressänderungen und Reklamationen: Verlag 8. Mai GmbH, Torstraße 6, 10119 Berlin, Tel.: 0 30/53 63 55-81/82, Fax: -48. E-Mail: abo@jungewelt.de

Druck: Union Druckerei Berlin Verwaltung GmbH. Art-Nr. 601302/ISSN 041-9373, Storkower Str. 129, 10407 Berlin

Abopreise Print: Normalabo Inland mtl. 35,90 Euro; Sozialabo mtl. 26,90 Euro; Solidaritätsabo mtl. Euro 45,90; Abopreise Ausland (EU) wie Inland zzgl. 13,10 Euro/monatl. Versandkostenzuschlag. **Abopreise online:** Normalabo Inland mtl. 14,90 Euro; Sozialabo mtl. 9,90 Euro; Solidaritätsabo mtl. 18,90 Euro; Onlineabo für Printabonnenten mtl. 5,00 Euro; für Abonnenten der Wochenendausgabe mtl. 7,00 Euro
Bankverbindung: Postbank, **BIC:** PBNKDEFF.
Abokonto: IBAN: DE70 1001 0010 0634 8541 07.
Anzeigenkonto: IBAN: DE81 1001 0010 0695 4951 08.
Shop/Spendenkonto: IBAN: DE50 1001 0010 0695 6821 00.